



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1963

Montag, den 7. Januar 1963

Nr. 1

INHALT:

Seite

Seite

Der Hessische Minister des Innern

Bekanntmachung über die Genehmigung der Änderung der Verfassung der „Wilhelm-Merck-Stiftung“ in Darmstadt	1
Bekanntmachung über die Genehmigung der „Adolf-Weber-Stiftung“ in Frankfurt/Main	1
Heranziehung von Dokumenten aus der SBZ	1
Vorschriften über die Ordnung der Bebauung in Polizeiverordnungen	2
Bundesstrafregister in Berlin; hier: Neue Anschrift	2
Anerkennung internationaler Reiseausweise für Flüchtlinge	2
Gewerbesteuererleichterungen für Betriebe von Vertriebenen und Flüchtlingen und für Betriebe, die durch Kriegsschäden oder Kriegsfolgeschäden betroffen sind sowie für Betriebe von politisch, rassisch und religiös Verfolgten	2
Landesstelle Hessen des Luftschutzhilfsdienstes; hier: Verlegung der Dienststelle	3
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Vockenhausen im Main-Taunus-Kreis	3
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Ober-Erlenbach im Landkreis Friedberg	3
Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Weiterode und Machtlos im Landkreis Rothenburg	3
Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Ibra und Machtlos im Landkreis Ziegenhain	3
Hinweis auf Technische Baubestimmungen; hier: DIN 4093	3
Einheitliche Technische Baubestimmungen; hier: Dacheindeckungen, Ergänzung von DIN 4102	4
DIN 1052 — Holzbauwerke, Berechnung und Ausführung — Einführung Technischer Baubestimmungen; hier: DIN 4114	5
Der Hessische Minister der Finanzen	6
Vorläufige Haushaltsführung im Rechnungsjahr 1963	6
Löschung in der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Lande Hessen	6
Änderung des Niederlassungsortes und des Wohnsitzes des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs Wilhelm Klähn	7
Vorläufige Weitergeltung der Eintragungen auf den Lohnsteuerkarten 1962	7
Durchführung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 17. April 1962	7
Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung	7
Errichtung der Pfarrkuratie St. Elisabeth in Lehnerz, Kreis Fulda	7
Verordnung über Kirchenkreisgrenzen sowie Umpfarrungsverkunde	7

Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrei Mariä Himmelfahrt in Wächtersbach, Kreis Gelnhausen	8
Errichtung der Pfarrei Christkönig und der Kirchengemeinde und Pfarrkuratie St Michael in Stadt Allendorf, Kreis Marburg	8
Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrkuratie Heilig-Geist in Niedervellmar, Kreis Kassel	8
Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	8
Druckgasverordnung; hier: Einschraub-Sicherheitsventil für Gasflaschenventile 28.8 Propan DIN 477	8
Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten	9
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten	10
Zusammenlegung Bindsachsen, Krs. Büdingen	10
Flurbereinigung Schadges, Krs. Lauterbach	11
Flurbereinigung Eibelshausen, Dillkreis	12
Flurbereinigung Frankfurt/M.-Unterliederbach	12
Personalnachrichten	12
F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung	12
Regierungspräsidenten	12
DARMSTADT	12
Regelung der örtlichen Zuständigkeit zur Verkehrsüberwachung und Verkehrsunfallsachbearbeitung auf den in den Gemarkungen Bischofsheim und Gustavsburg-Ginsheim gelegenen Teilen des Süd-Main-Schnellweges	17
Ungültigkeitserklärung eines Ausweises über die Anerkennung als Krankenschwester	17
KASSEL	17
Bekanntmachung betr. die Auslegung der Landschaftsschutzkarte und des Entwurfs einer Landschaftsschutzverordnung für den Naturpark Meißner-Kaufunger Wald	17
Verlust eines Zulassungsscheines	17
Hessischer Verwaltungsschulverband	17
Neue Lehrgänge am Verwaltungsseminar Wiesbaden	17
Buchbesprechungen	17
Öffentlicher Anzeiger	18
Einrichtung und Betrieb eines Linienverkehrs von Hünfeld nach Philippsthal	23

1

Der Hessische Minister des Innern

Bekanntmachung über die Genehmigung der Änderung der Verfassung der „Wilhelm-Merck-Stiftung“ in Darmstadt

Die Landesregierung hat am 18. 12. 1962 den nachstehenden Beschluß gefaßt, den ich hiermit bekanntgebe:

„Auf Grund der §§ 80 und 85 BGB in Verbindung mit Art. 7 und 8 Abs. 2 des Hess. Ausführungsgesetzes zum BGB vom 17. Juli 1899 (Hess. RegBl. S. 133) wird die folgende Neufassung der Ziffer 4 der Verfassung der

„Wilhelm-Merck-Stiftung“

in Darmstadt gemäß dem Vorstandsbeschluß vom 15. August 1962 genehmigt:

„Vorstand der Stiftung ist der älteste persönlich haftende Teilhaber der Emanuel Merck OHG. Ist er nicht gleichzeitig Nachkomme des Herrn Wilhelm Merck, so ist außerdem ein Nachkomme des Herrn Wilhelm Merck als Vorstandsmitglied zu benennen. Dies gilt aber nur, wenn ein Nachkomme des Herrn Wilhelm Merck vorhanden ist, der gleichzeitig persönlich haftender Teilhaber der Emanuel Merck OHG ist. Besteht der Vorstand hiernach aus mehreren Personen, so ist jeder allein vertretungsberechtigt.“

Sollte der älteste persönlich haftende Teilhaber der Firma Emanuel Merck OHG nicht gleichzeitig Vorstandsmitglied der Firma E. Merck Aktiengesellschaft sein, so wird der Vorstand der Stiftung vom Vorstand der E. Merck Aktiengesellschaft berufen. Dabei sind in erster Linie jeweils die beiden ältesten Nachkommen des Herrn Wilhelm Merck, die den Namen „Merck“ tragen, zu berücksichtigen. Solange und so-

weit männliche Träger des Namens „Merck“ fehlen, treten die jeweils ältesten weiblichen Nachkommen des Herrn Wilhelm Merck, die den Geburtsnamen „Merck“ tragen, an ihre Stelle. Solange nur ein zum Vorstandsamt berechtigter Nachkomme vorhanden ist, bildet er den Vorstand allein.

Nachkommen des Herrn Wilhelm Merck können unbeschadet der vorhandenen Bestimmungen nicht in den Vorstand der Stiftung berufen werden, solange sie nicht volljährig sind oder den Wohnsitz außerhalb Deutschlands haben.“

Wiesbaden, 20. 12. 1962

Der Hessische Minister des Innern

II f 1 — 2507 — 6/62 — D 2

StAnz. 1/1963 S. 1

2

Bekanntmachung über die Genehmigung der „Adolf-Weber-Stiftung“ in Frankfurt am Main

Die Landesregierung hat am 18. 12. 1962 den nachstehenden Beschluß gefaßt, den ich hiermit bekanntgebe:

„Die von Herrn Bankdirektor Dr. Karl Kreuser auf Grund des Stiftungsgeschäfts vom 9. Oktober 1962 errichtete

„Adolf-Weber-Stiftung“

mit dem Sitz in Frankfurt am Main wird gemäß § 80 BGB in Verbindung mit Art. 4 Abs. 1 preuß. AVBGB genehmigt.“

Wiesbaden, 19. 12. 1962 Der Hessische Minister des Innern

II f 1 — 2501 — 3/62 — W 3

StAnz. 1/1963 S. 1

3

An alle Dienststellen des Landes, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Runderlaß des Ministers des Innern zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und der Fachminister (ausgenommen der Minister der Justiz)

Heranziehung von Dokumenten aus der SBZ

Auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung ist die Presse darüber unterrichtet worden, daß die Behörden der sowjetischen Besatzungszone belastendes Material aus der NS-Zeit zum Zwecke der Prüfung dem Bundesarchiv übergeben können.

In einem Schreiben an die Landesjustizminister und -senatoren vom 27. 7. 1962 hat der Bundesminister der Justiz mitgeteilt, daß das Bundesjustizministerium und die Gerichte und Dienststellen der Bundesjustizverwaltung in Zukunft Beauftragte aus der SBZ, die wegen der Übergabe von solchen Akten versprechen, an das Bundesarchiv in Koblenz verweisen werden.

Wenn Beauftragte der SBZ bei Ihnen versprechen, bitte ich, in gleicher Weise zu verfahren und darüber hinaus in jedem Fall der obersten Landesbehörde zu berichten.

Das Bundesarchiv ist angewiesen, das bei ihm eingehende Material zu fotokopieren und, sofern es sich um Richter, Staatsanwälte oder Beamte der Justizverwaltung handelt, den Bundesminister der Justiz auf dem schnellsten Wege von dem Eintreffen des Materials zu unterrichten. Betrifft das Material Personen, die nicht zu dem genannten Personenkreis gehören, wird das Bundesarchiv den Bundesminister des Innern unterrichten. Die Unterlagen werden dann der zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörde zugeleitet.

Wiesbaden, 14. 12. 1962

Der Hessische Minister des Innern
I a 1 — 7 d

StAnz. 1/1963 S. 2

4

An die Herren Regierungspräsidenten Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

Vorschriften über die Ordnung der Bebauung in Polizeiverordnungen

Bezug: Meine Erlasse vom 28. 6. 1961 — VIIh/Vd — 61a 02/07 — 6/61 (StAnz. S. 745) und vom 10. 9. 1962 — Vd/VII — 61 d 06-1/62 (StAnz. Seite 1311)

Durch § 87 Abs. 2 Satz 1 HBO wurden zwar die Baupolizeiverordnungen des preußischen Rechtsbereiches und die auf Grund des hessischen Gesetzes, die allgemeine Bauordnung betreffend, erlassenen Polizeiverordnungen grundsätzlich aufgehoben. Ausgenommen wurden jedoch die Vorschriften, welche die Ordnung der Bebauung zum Inhalt hatten und den Bestimmungen der Hessischen Bauordnung nicht entgegenstanden. Diese aufrecht erhaltenen Vorschriften der Polizeiverordnungen sollten nach § 87 Abs. 2 Satz 2 durch die Bausatzungen nach § 3 HBO außer Kraft gesetzt werden.

Die Vorschriften der Polizeiverordnungen, die hiernach weiterhin Geltung hatten, wurden nicht in satzungsrechtliche Vorschriften der Gemeinden umgewandelt, sondern blieben Vorschriften einer Polizeiverordnung. Damit unterlagen sie hinsichtlich ihrer Geltungsdauer, abgesehen von Befristungen, die sich die Polizeiverordnungen selbst gegeben hatten, der Beschränkung des § 34 Abs. 1 Satz 3 des preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (GS S. 77), der ab 5. 5. 1952 gemäß § 151 Abs. 3 in Verbindung mit § 155 Abs. 1 HGO 1952 und § 60 Abs. 2 in Verbindung mit § 67 Abs. 1 HKO 1952 auch im Gebiet des ehemaligen Volksstaates Hessen galt, und nach Inkrafttreten des Hessischen Polizeigesetzes den Beschränkungen seiner §§ 55 Satz Nr. 3 und 60.

Eine Änderung der Rechtslage bewirkte das Bundesbaugesetz für Vorschriften der Polizeiverordnungen, welche verbindliche Regelungen der in § 9 BBauG bezeichneten Art darstellen. Diese Vorschriften gelten, soweit sie bei Inkraft-

treten des Ersten Teils des Bundesbaugesetzes noch Bestand hatten, nach § 173 Abs. 3 Satz 1 BBauG als Bebauungspläne fort (vgl. Nr. 4 meines Erlasses vom 28. 6. 1961). Sie unterliegen damit nicht mehr der gesetzlichen Beschränkung der Geltungsdauer für Polizeiverordnungen. Allerdings bleiben Beschränkungen, die sich die Polizeiverordnungen selbst gesetzt hatten, aufrechterhalten, so daß die als Bebauungspläne fortgeltenden Vorschriften nach Ablauf der in den Polizeiverordnungen gesetzten Geltungsdauer außer Kraft treten. Im übrigen ist die Geltungsdauer der als Bebauungspläne fortgeltenden Vorschriften nicht beschränkt.

Wegen des Begriffes der Ordnung der Bebauung und des Umfangs der Vorschriften, die verbindliche Regelungen der in § 9 BBauG bezeichneten Art enthalten, darf ich auf meinen Erlaß vom 10. 9. 1962 verweisen, dessen für Bausatzungen geltenden Ausführungen für die Vorschriften der Polizeiverordnungen entsprechend gelten. Den dortigen Erläuterungen ist auch in entsprechender Anwendung zu entnehmen, welche Vorschriften der Polizeiverordnung aufgehoben wurden und welche Vorschriften als Bestandteil des Bauordnungsrechts fortgelten.

Wiesbaden, 5. 12. 1962

Der Hessische Minister des Innern
Vd/VII h — 61 d 06 — 1/62
StAnz. 1/1963 S. 2

5

Bundesstrafregister in Berlin

hier: Neue Anschrift

Nach einer Bekanntmachung des Bundesministers der Justiz vom 4. 12. 1962 (Bundesanzeiger Nr. 232 vom 8. 12. 1962) ist das Bundesstrafregister in ein neues Dienstgebäude verlegt worden. Seine neue Anschrift lautet ab 11. 12. 1962:

Bundesstrafregister, 1 Berlin 30, Lützowufer 6—9.

Das Bundesstrafregister ist fernmündlich unter Nr. 13 15 81 — für Dienststellen, die an dem Selbstwählerdienst angeschlossen sind, unter Vorwahl der Ortskennzahl 0311 — zu erreichen.

Der Fernschreibanschluß ist wie bisher: „GBABBGHStr. Bln 1—84 133“.

Wiesbaden, 13. 12. 1962

Der Hessische Minister des Innern
III b — 26 c 10
StAnz. 1/1963 S. 2

6

Anerkennung internationaler Reiseausweise für Flüchtlinge

Bezug: Erlaß vom 13. 4. 1962 (StAnz. S. 567)

In Abschnitt A Nr. 1 des Bezugserrlasses bitte ich einzufügen:

D a h o m e
T ü r k e i.

In Abschnitt A Nr. 3 des Erlasses bitte ich, die Türkei zu streichen.

Wiesbaden, 20. 12. 1962

Der Hessische Minister des Innern
III b — 23 c 06
StAnz. 1/1963 S. 2

7

Gewerbsteuererleichterungen für Betriebe von Vertriebenen und Flüchtlingen und für Betriebe, die durch Kriegsschäden oder Kriegsfolgeschäden betroffen sind sowie für Betriebe von politisch, rassisch und religiös Verfolgten (StAnz. 1962 S. 675; auch BStBl. 1962 S. 774 = Bundesanzeiger Nr. 75 vom 17. 4. 1962 S. 1) — VAO

Die Verwaltungsanordnung der Bundesregierung, betr. Teilerlaß der Gewerbesteuer bei Betrieben von Vertriebenen usw., vom 21. 1. 1958 (VAO) erklärt für Billigkeitsmaßnahmen bei der Festsetzung des Gewerbesteuermaßbetrages die Finanzämter für zuständig, die hierbei im Einvernehmen mit den Gemeinden handeln sollten. Demgegenüber hat nun der Bundesfinanzhof (BFH) in einem Urteil vom 9. 1. 1962 — I 101/60 S — (BStBl. III S. 238) festgestellt, daß diese Befugnis nicht den Finanzämtern, sondern den Gemeinden zusteht. Der Minister der Finanzen hat deshalb mit Erlaß vom 7. 9. 1962 — L 1494 — 9 — II/33 — die Finanzämter angewiesen, künftig die VAO unberücksichtigt zu lassen.

Die Gemeinden haben also allein darüber zu entscheiden, ob einzelne Besteuerungsgrundlagen, die die Steuer erhöhen, bei der Festsetzung der Gewerbesteuer unberücksichtigt bleiben (§ 131 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 Abgabenordnung — AO).

Es wird den Gemeinden empfohlen, im Rahmen des Erlaßverfahrens nach § 131 AO die Hinzurechnung zum Gewinn aus Gewerbebetrieb (§ 8 Gewerbesteuergesetz i. d. F. vom 13. 9. 1961 — BGBl. I S. 1730 — GewStG) und zum Einheitswert des gewerblichen Betriebes (§ 12 GewStG) nur teilweise vorzunehmen, wenn die in der VAO dafür genannten Voraussetzungen vorliegen. Der Umfang der Billigkeitsmaßnahmen kann deshalb durchaus an Hand der in der VAO enthaltenen Grundsätze entschieden werden. In diesem Zusammenhang können die Gemeinden in Zweifelsfällen die Finanzämter beteiligen. Diese werden auf Anfrage mitteilen, um wieviel der einheitliche Gewerbesteuermeßbetrag niedriger wäre, wenn die Zinsen aus den in Betracht kommenden Dauerschulden nur teilweise im Gewerbeertrag und diese Dauerschulden nur teilweise im Gewerbekapital erfaßt worden wären.

Der Steuerpflichtige kann den von der Gemeinde ihm gegenüber erlassenen Gewerbesteuerbescheid oder dessen Änderung mit den nach der Verwaltungsverfahrensgesetzordnung gegebenen Rechtsmitteln anfechten. Materiell wird er im Hinblick auf § 131 AO im wesentlichen darlegen müssen, die Gemeinde habe ihr Ermessen fehlerhaft ausgeübt oder die Ermessensgrenzen überschritten.

Wiesbaden, 29. 11. 1962 **Der Hessische Minister des Innern**
IV d — 32 c 02/05 — 21/62

StAnz. 1/1963 S. 2

8

Landesstelle Hessen des Luftschutzhilfsdienstes

hier: Verlegung der Dienststelle

Die zur Zeit in meinem Dienstgebäude, Wiesbaden, Luisenstraße 13, untergebrachte Landesstelle Hessen des Luftschutzhilfsdienstes zieht am 3. Januar 1963 um.

Nachstehend gebe ich die neue Anschrift und die Fernsprechanschlüsse bekannt:

Landesstelle Hessen des Luftschutzhilfsdienstes
62 Wiesbaden, Albrecht-Dürer-Straße 37.

Fernsprechanschlüsse: Wiesbaden 4 09 42 und 4 30 79.

Wiesbaden, 18. 12. 1962

Der Hessische Minister des Innern
VIII a — 24 a 02 — 01

StAnz. 1/1963 S. 3

9

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Vockenhausen im Maintaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der Gemeinde Vockenhausen im Maintaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

Wappenbeschreibung: „In Rot ein silbernes Haus mit schwarzen Türen- und Fensteröffnungen.“

Wiesbaden, 21. 12. 1962

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 06 — 19/62

StAnz. 1/1963 S. 3

10

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Ober-Erlenbach im Landkreis Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Gemeinde Ober-Erlenbach im Landkreis Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. Seite 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

Wappenbeschreibung: „In Gold über blauem Wellenband ein grüner, von zwei sechsstrahligen roten Sternen besetzter Erlenbaum.“

Wiesbaden, 21. 12. 1962

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 06 — 19/62

StAnz. 1/1963 S. 3

11

Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Weiterode und Machtlos im Landkreis Rotenburg

Die Hessische Landesregierung hat am 14. November 1962 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. Januar 1963 das Grundstück Flur 13, Flurstück Nr. 127/1, 6,6201 ha, aus dem Gebiet der Gemeinde Machtlos ausgemeindet und in das Gebiet der Gemeinde Weiterode eingemeindet.“

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 14. 12. 1962

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 08 — 36/62

StAnz. 1/1963 S. 3

12

Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Ibra und Machtlos im Landkreis Ziegenhain, Regierungsbezirk Kassel

Die Hessische Landesregierung hat am 20. November 1962 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. Januar 1963 die Grundstücke, Gemarkung Machtlos, Flur 2, Nr. 10/2, 21/2, 21/3 und 21/4, aus dem Gebiet der Gemeinde Ibra ausgemeindet und in das Gebiet der Gemeinde Machtlos eingemeindet.“

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 14. 12. 1962

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 08 — 36/62

StAnz. 1/1963 S. 3

13

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt am Main

Hinweis auf Technische Baubestimmungen;

hier: DIN 4093 — Grundbau, Einpressungen in Untergrund und Bauwerke, Richtlinien für Planung und Ausführung (Ausgabe Juni 1962).

Von einer Arbeitsgruppe des Fachnormenausschusses Bauwesen im Deutschen Normenausschuß wurde das Normblatt

DIN 4093 — Grundbau, Einpressungen in Untergrund und Bauwerke, Richtlinien für Planung und Ausführung (Ausgabe Juni 1962) erstmalig aufgestellt.

Die Bauaufsichtsbehörden werden auf dieses Normblatt hingewiesen.

Das mit Erlaß vom 1. 9. 1960 übersandte Verzeichnis der Hinweise für die Bauaufsicht ist in Abschnitt IIIa durch Aufnahme der lfd. Nr. 9 zu ergänzen.

Abdrucke des Normblattes können beim Beuth-Vertrieb GmbH, Berlin W 15, Uhlandstr. 175 oder Köln 1, Friesenplatz 16 (Hansahaus), bezogen werden.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 30. 11. 1962

Der Hessische Minister des Innern
Vb — 64 b 16/03 — 7/62

StAnz. 1/1963 S. 3

14

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt am Main

Einheitliche Technische Baubestimmungen;

hier Dacheindeckungen, Ergänzung von DIN 4102 — Widerstandsfähigkeit von Baustoffen und Bauteilen gegen Feuer und Wärme — Blatt 2 — Einreihung in die Begriffe — und Blatt 3 — Brandversuche —

Neben Dachpappe werden seit einiger Zeit auch Kunststoffe u.a.m. für Dacheindeckungen verwendet.

Die in DIN 4102 Blatt 3 niedergelegten Prüfgrundsätze zur Ermittlung der Widerstandsfähigkeit von Dacheindeckungen gegen Flugfeuer und strahlende Wärme sind nur für Dachpappe anwendbar. Ebenso sind bisher Prüfgrundsätze für die Wärmebeständigkeit von Dachpappen nur in DIN 52 123 „Dachpappen und nackte Pappen, Prüfverfahren“ Abschnitt 10*) festgelegt.

Bis zur Herausgabe der neuen DIN 4102 und von Gütenormen für Dacheindeckungen aus Kunststoffen werden diese Prüfgrundsätze durch die als Anlage beigefügten vorläufigen Richtlinien für die o. g. Dacheindeckungen ersetzt.

Die Bauaufsichtsbehörden werden angewiesen, für Dacheindeckungen, die nicht in DIN 4102 Blatt 2 Abschnitt VII oder in Abschnitt 3 der vorläufigen Richtlinien genannt sind, vom 1. Januar 1964 den Nachweis einer bestandenen Prüfung an einem Probedach mit 45° Neigung nach Abschnitt 2.1 der Richtlinien zu verlangen, wenn die Dacheindeckung als harte Bedachung für Dächer mit mehr als 20° Neigung verwendet werden soll. Bis zu diesem Zeitpunkt genügt die Vorlage eines Prüfzeugnisses über eine bestandene Prüfung an einem Probedach mit 15° Neigung.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Das mit Erlaß vom 15. 12. 1961 übersandte Verzeichnis der für die Bauaufsicht eingeführten Technischen Baubestimmungen ist in Abschnitt IV durch Aufnahme der lfd. Nr. 3a und nachstehenden Text zu ergänzen:

„Vorläufige Richtlinien für die Prüfung von Dacheindeckungen gegen Flugfeuer und strahlende Wärme“.

Wiesbaden, 22. 11. 1962

Der Hessische Minister des Innern
Vb — 64 b 16/25 — 4/62

StAnz. 1/1963 S. 4

*) Siehe Erlaß vom 19. 6. 1962 — StAnz. S. 839.

Anlage zum Erlaß vom 22. Nov. 1962 — Vb — 64 b 16/25 — 4/62

Vorläufige Richtlinien für die Prüfung von Dacheindeckungen gegen Flugfeuer und strahlende Wärme

1. Anforderungen

1.1 Prüfung von Dacheindeckungen (Dachhaut) auf Wärmebeständigkeit

Als ausreichend wärmebeständig gelten Dacheindeckungen, wenn sie den Prüfgrundsätzen nach DIN 52 123 „Dachpappen und nackte Pappen, Prüfverfahren“ Abschnitt 10, Ausgabe November 1960, entsprechen. Für die Prüfung lichtdurchlässiger Dacheindeckungen ist die Temperatur im Wärmeschrank auf 60°C + 2° zu vermindern.

Bei Wellplatten sind zusätzlich zwei Probestücke von 200 mm × 200 mm nach DIN 52 123 Abschnitt 10, an den vier Ecken im Wärmeschrank aufgehängt, zu beanspruchen. Der Wellenabstand und die Wellenhöhe (Mittelwert aus den Messungen an drei Stellen) dürfen sich dabei um nicht mehr als 3%, bei Wellungen entsprechend der handelsüblichen Wellbleche die Wellenhöhe um höchstens 1 mm, verändert haben. Eine Messung der Außenmaße ist dabei nicht zulässig.

1.2 Prüfung von Dacheindeckungen (Dachhaut) auf Widerstandsfähigkeit gegen Flugfeuer und strahlende Wärme

Als „ausreichend widerstandsfähig“ gegen Flugfeuer und

strahlende Wärme gelten Dacheindeckungen (Dachhaut), die bei den anschließend beschriebenen Brandversuchen folgende Anforderungen erfüllen:

1.2.1 Die verkohlte, verbrannte oder anderweitig zerstörte Fläche darf im Mittel nicht größer als 0,25 m² sein. Verfärbungen bleiben dabei unberücksichtigt. Kein Einzelwert darf größer als 0,30 m² sein.

1.2.2 Brennende Teile der Oberfläche dürfen im Mittel höchstens bis zu 50 cm gemessen vom unteren Rand der Feuerquelle ablaufen. Kein Einzelwert darf größer als 60 cm sein.

1.2.3 Es darf an keiner Stelle des Probedaches ein Loch entstehen; an der Dachunterseite dürfen keine Flammen auftreten.

2. Prüfverfahren

2.1 Prüfkörper

2.1.1 Es sind zwei Probedächer aufzubauen, davon je eines mit 15° und 45° Neigung.

Auf eine Prüfung des Probedaches mit 45° Neigung kann verzichtet werden, wenn die Dacheindeckung nur für Dächer bis zu 20° Dachneigung verwendet werden soll.

2.1.2 Die Prüfung ist an quadratischen Dächern von etwa 2,0 × 2,0 m vorzunehmen. Das Dach muß in allen Einzelheiten hinsichtlich Unterkonstruktion, Art, Dicke, ggfs. Wellung und Befestigung des Deckmaterials, der praktischen Anwendung der Dachhaut, entsprechen. Der Abstand von Unterstützungen jeder Art muß den vom Hersteller für die Anwendung vorgeschriebenen höchstzulässigen freien Stützweiten entsprechen.

2.1.3 Bei Dacheindeckungen, die auf einer geschlossenen, tragenden Unterlage verlegt werden, ist die Prüfung der Dachhaut ohne etwaige Dämmschicht oder dgl. auf einem Probedach durchzuführen, das aus ungehobelten Brettern ohne Baumkante von etwa 20 mm Dicke besteht, die nach Handwerksbrauch dicht aneinander gestoßen werden. Die Holzschalung und die Stoffe für Dacheindeckungen, die Feuchtigkeit enthalten, sind vor ihrer Verwendung im Normalklima 20/65 nach DIN 50 014 (20° C, 65% rel. Luftfeuchtigkeit) bis zur Gewichtskonstanz zu lagern. Die Eindeckung ist so vorzunehmen, daß je eine Stoßüberdeckung parallel und senkrecht zur Dachneigung beim Versuch erfaßt werden kann (vgl. auch DIN 18 338 — Dachdeckungsarbeiten —).

2.2 Versuchsdurchführung

2.2.1 Zum Versuch wird Fichtenholzwolle Nr. 20 mit 2 mm Breite nach DIN 4077 im Normalklima 20/65 nach DIN 50 014 (20° C, 65% rel. Luftfeuchtigkeit) bis zur Gewichtskonstanz gelagert. 600 g der so vorbehandelten Holzwolle werden in ein oben und unten offenes Drahtgestell (Drahtdicke 3 mm, quadratische Maschen von 5 cm Seitenlänge) mit den Abmessungen 30 × 30 × 20 cm gleichmäßig eingedrückt.

2.2.2 Die Prüfung ist in einem geschlossenen, zugfreien, mindestens 150 m³ großen Raum jeweils viermal am gleichen Prüfkörper durchzuführen, wobei das Drahtgestell je einmal über einem Längs- und einem Querstoß und zweimal über der ungestoßenen, (nicht unterstützten) Fläche angeordnet wird. Der Rand des Prüfkörpers darf so abgedämmt werden, daß keine Gase von der Unterseite des Prüfkörpers auf seine Oberseite gelangen können.

2.2.3 Das gefüllte Drahtgestell wird mit einer Öffnung parallel zur Dachfläche in etwa 1 cm Abstand von dieser bzw. von den Wellenbergen aufgehängt oder wahlweise bei Dacheindeckungen mit fester Unterlage auf diese mit 1 cm über die waagerechten Drähte überstehenden Flächen aufgesetzt. Die Holzwolle wird an allen vier Seiten gleichzeitig von unten in der Mitte angezündet. Nach dem Abbrennen der Holzwolle wird das Drahtgestell vorsichtig abgenommen.

2.2.4 Das Verhalten der Dacheindeckung bei der Prüfung und das Verhalten nach dem Versuch sind zu beobachten.

2.3 Prüfzeugnis

Im Prüfzeugnis sind anzugeben:

- 2.3.1. Beschreibung des Prüfkörpers, Angabe der verwendeten Materialien, Abmessungen, Raum- bzw. Flächengewicht, Alter am Tage der Prüfung, Vermerk über die amtliche Probeentnahme.
- 2.3.2 Ergebnis der Prüfungen nach DIN 52 123 und Abschnitt 1.
- 2.3.3 Angaben über Versuchsdurchführung, Aufbau des Versuchsdaches, Lufttemperatur des Prüfraumes.
- 2.3.4 Beobachtungen beim Brandversuch, Größe der verkohlten, verbrannten oder brüchig gewordenen Fläche des Prüfstückes, Ablauflänge brennender Teile, Beobachtung von Flammen an der Unterseite, Entstehen von Löchern, Schäden an der Unterkonstruktion.

Es sind jeweils Einzel- und Mittelwerte anzugeben.
2.3.5 Zusammenfassung der Ergebnisse mit Beurteilung und Angabe, ob sich der Prüfbericht nur auf eine Dachneigung von 15° beschränkt.

3. Einreihung in die Begriffe

- Als ausreichend widerstandsfähig gegen Flugfeuer und strahlende Wärme im Sinne dieser Bestimmungen gelten ohne besonderen Nachweis neben den in DIN 4102 Blatt 2 angegebenen Baustoffen ohne Rücksicht auf die Dachneigung nachgerecht und gemäß DIN 18 338 verlegte
- 3.1 Teerdachpappen nach DIN 52 121 (s. Erl. v. 19. 6. 1961 StAnz. S. 839)
 - 3.2 Bitumendachpappen nach DIN 52 128 (s. Erl. v. 24. 7. 1957 StAnz. S. 776)
 - 3.3 Teersonderdachpappen und Teer-Bitumendachpappen beide mit beiderseitiger Sonderdeckschicht nach DIN 52 140 (s. Erl. vom 19. 6. 1961 StAnz. S. 839)
- auf Holzschalung oder einer anderen mindestens gleichwertigen Unterlage ohne Beschränkung der Dachneigung.

15

An die

Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt am Main

DIN 1052 — Holzbauwerke, Berechnung und Ausführung —

hier: Verzeichnis der Firmen, welche die Voraussetzungen des § 16 d 1 DIN 1052 erfüllt haben.

Bezug: Meine Erlasse vom 31. 7. 1962 — Vb — 64b16/23 1/62 (StAnz. S. 1203) und vom 1. 10. 1962 — Vb — 64b16/23 — 1/62 (StAnz. S. 1474)

1. Die Firma Holzbau Philipp Schröder, Burgholzhausen v. d. H. (Abschnitt B lfd. Nr. 18 des Verzeichnisses) wurde durch die Amtliche Forschungs- und Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen (Otto-Graf-Institut) an der Technischen Hochschule Stuttgart, Abteilung für Holz, Glas und Kunststoffe, erneut überprüft. Die Voraussetzungen des § 16 d 1 der DIN 1052 für das Leimen tragender Holzbauteile sind nach dem Prüfergebnis vom 2. Nov. 1962 erfüllt. Die Eignung erstreckt sich auf die Ausführung einfacher tragender Holzbauteile einschl. der Herstellung von Bautei-

len in Trigonit- und Kämpf-Steg-Bauweise. Die Anerkennung wird bis zum 31. Dezember 1965 verlängert.

2. Vom Bayerischen Staatsministerium des Innern wurden als geeignet für die Ausführung von einfachen gelemten Hozbauteilen nachstehende Firmen anerkannt:

- a) Firma Otto Streif, Zimmerei und Hallenbau, München 8, für das Herstellen einfacher tragender Holzbauteile bis zu einer Gesamtlänge von 12 m, sowie Trigonit- und Kämpf-Steg-Trägern, ferner Keilzinkenverbindungen nach DIN 68 140, Gruppe 1
- b) Firma Holzrohr- und Silobaugesellschaft Dipl.-Ing. G. v. Holten & Co., Brannenberg/Obb. für das Herstellen von einfachen tragenden Holzbauteilen bis zu einer Gesamtlänge von 12 m,
- c) Firma C. Mayer & Sohn, Augsburg 5, für das Herstellen von einfachen tragenden Holzbauteilen bis zu einer Gesamtlänge von 12 m und Keilzinkenverbindungen nach DIN 68 140, Gruppe 1.

3. Vom Senator für das Bauwesen, Bremen, wurde die Firma Johann Hocke, Zimmermeister, Holzbau, Bremen, als geeignet für die Ausführung von einfachen gelemten tragenden Holzbauteilen bis 12 m Stützweite sowie Kämpf-Steg-Trägern anerkannt.

Die vom Bayerischen Staatsministerium des Innern und vom Senator für das Bauwesen, Bremen, ausgesprochenen Anerkennungen haben auch im Lande Hessen Gültigkeit.

Das mit Erlaß vom 1. 10. 1962 übersandte Verzeichnis wird wie nachstehend berichtigt und ergänzt:

B. Den Nachweis ihrer Eignung für die Ausführung einfacher gelemter Holzbauteile haben erbracht:

Lfd. Nr.	Firma	Wohnort	am	Nachweis anerkannt durch:	Bemerkung gültig bis
(*) 18	—		10. 12. 62 Vb—64b 16/23 — 1/62	—	31. 12. 1965
(*) 25	Streif, Otto, Zimmerei u. Hallenbau	München 8, Neumarkter- straße 55	10. 7. 62 IVB5—9151/ 2—103	Bayer. Staatsmin. d. Innern München wie vor	15. 7. 1965 auch Keil- zinkenver- bindungen 31. 8. 1963 auch Keil- zinkenver- bindungen 31. 8. 1965
26	Holzrohr- u. Silobauges. Dipl.-Ing. G. v. Holten & Co.	Brannenberg (Obb.)	3. 8. 62 IVB5—9151/ 2/117	wie vor	
27	C. Mayer & Sohn	Augsburg 5, Provinostr. 29 u. 37	3. 8. 62 IVB5—9151/ 2/115	wie vor	
(*) 28	Hocke, Joh., Zimmermeister, Holzbau	Bremen, Kornstr. 225	20. 6. 62 5/5205/20 Kämpf-Träger	Senator f. d. Bau- wesen, Bremen	31. 5. 1963

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

4. Berichtigung. Im Erlaß vom 1. 10. 1962 ist versehentlich auf den Erlaß vom 24. 11. 1959 Bezug genommen. Richtig muß es im Bezug und im letzten Absatz heißen „vom 24. 11. 1960“.

Wiesbaden, 10. 12. 1962

Der Hessische Minister des Innern
Vb — 64 b 16/23 — 1/62

StAnz. 1/1963 S. 5

16

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt am Main

Einführung Technischer Baubestimmungen;

hier: DIN 4114 Blatt 1 — Stabilitätsfälle — (Knickung, Kippung, Beulung) Kreuzausgabe Juli 1952** (Fassung Okt. 1961)

Von der Arbeitsgruppe Einheitliche Technische Baubestimmungen des Fachnormenausschusses Bauwesen im Deutschen Normenausschuß wurde das Normblatt DIN 4114 Blatt 1 — Stabilitätsfälle (Knickung, Kippung, Beulung) — Ausgabe Juli 1952 bzw. Kreuzausgabe Juli 1952* (Fassung Okt. 1955) überarbeitet und als Kreuzausgabe Juli 1952** (Fassung Okt. 1961) neu herausgegeben.

Durch die Kreuzausgabe Juli 1952** (Fassung Okt. 1961) wird die Ausgabe Juli 1952 der DIN 4114 Blatt 1 ersetzt, die mit Erlaß vom 21. 7. 1952 (StAnz. 1952 S. 603) als Richtlinie für die Bauaufsicht eingeführt wurde.

Die Kreuzausgabe Juli 1952* (Fassung Oktober 1955) enthält lediglich textliche Verbesserungen des Abschnittes 17.1

ohne Veränderung der Bemessungsformel, weshalb diese Änderung nicht besonders bekanntgegeben wurde.

In die Kreuzausgabe Juli 1952** (Fassung Oktober 1961) wurden die v. g. textlichen Verbesserungen und die mit den Erlassen vom 18. 4. 1959 und 14. 2. 1961 — letzterer, soweit er DIN 4114 behandelt — bekanntgegebenen Änderungen eingearbeitet.

Zur Bereinigung der Vorschriften wird die Kreuzausgabe Juli 1952** (Fassung Okt. 1961) hiermit gemäß § 29 Abs. 2 HBO als Technische Baubestimmung für die Bauaufsicht im Lande Hessen eingeführt.

Der sich auf Blatt 1 der DIN 4114 beziehende Abschnitt des Einführungserlasses vom 21. 7. 1952 und die beiden v.g. Änderungserlasse vom 18. 4. 1959 und 14. 2. 1961 werden hiermit aufgehoben.

Abdrucke des Normblattes DIN 4114 Blatt 1, Ausgabe Juli 1952** (Fassung Okt. 1961) können beim Beuth-Vertrieb GmbH, Berlin W 15, Uhlandstr. 175, und Köln 1, Friesenplatz 16 (Hansahaus), bezogen werden.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten und das mit Erlaß vom 15. Dez. 1961 übersandte Verzeichnis der für die Bauaufsicht eingeführten Technischen Baubestimmungen unter Abschnitt III d lfd. Nr. 12 entsprechend zu berichtigen.

Wiesbaden, 30. 11. 1962

Der Hessische Minister des Innern

Vb — 64 b 16 21 — 11/62

StAnz. 1/1963 S. 6

17

Der Hessische Minister der Finanzen

Vorläufige Haushaltsführung im Rechnungsjahr 1963

A. Allgemeines

1. Das Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1963 wird voraussichtlich erst im Mai 1963 verabschiedet werden. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes ist die Haushaltswirtschaft nach Artikel 140 der Hessischen Verfassung vorläufig weiterzuführen.

2. Artikel 140 der Hessischen Verfassung ermächtigt die Landesregierung, bis zum Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 1963

„alle Ausgaben zu leisten, die nötig sind,

- a) um gesetzlich bestehenden Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen,
- b) um die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Staates zu erfüllen,
- c) um Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diese Zwecke weiter zu gewähren, sofern durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bereits bewilligte Beträge noch verfügbar sind.“

3. Die Bestimmungen der §§ 2 bis 6 und 11 des Haushaltsgesetzes 1962 und des § 3 a des Nachtragshaushaltsgesetzes 1962 sowie die Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz 1962 Ziff. I bis IX und X Abs. 1 und 2 sind im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung vorerst weiterhin anzuwenden.

4. Die nach Nr. 2 und 3 verfügbaren Beträge sind nach Abschnitt B zu berechnen.

B. Fortdauernde Ausgaben

1. Personalausgaben: Personalausgaben und Stellenbesetzungen haben sich im Rahmen des Haushalts für 1962 zu halten. Soweit Personalausgaben und Planstellen im Haushaltsvoranschlag 1963 gegenüber dem Vorjahr eingeschränkt worden sind oder bei den Verhandlungen im Haushaltsausschuß des Hessischen Landtags eingeschränkt werden, gelten sie nur in diesem Umfang.

Im übrigen wird wegen der Besetzung von Stellen auf die Beachtung der §§ 36, 36 a und 36 b Abs. 1 und 2 Satz 1 RHO und auf den (nichtveröffentlichten) Personallenkungserlaß des Herrn Ministerpräsidenten vom 6. März 1956 hingewiesen.

2. Sachausgaben und Allgemeine Ausgaben:
a) die Sachausgaben und die Allgemeinen Ausgaben sollen

bei den einzelnen Ausgabestellen monatlich ein Zwölftel des Vorjahresansatzes nicht übersteigen. Ansätze, die nur für das Rj. 1962 gelten sollten, dürfen nicht mehr in Anspruch genommen werden; sie werden hiermit gesperrt.

- b) Der monatliche Grenzbetrag von einem Zwölftel des Vorjahresansatzes gilt nicht für die Ausgaben der allgemeinen Finanzverwaltung, für den Haushalt der Landesschuld und für solche Ausgaben, die nicht in regelmäßigen Zeitabständen, sondern unregelmäßig nach Bedarf geleistet werden müssen.
- c) Ist der Ansatz bei einer Zweckbestimmung im Haushaltsvoranschlag für 1963 niedriger als der Ansatz im Vorjahr, so bemißt sich das Monatszwölftel nach dem niedrigeren Ansatz. Das gilt auch für den Fall, daß in den Beratungen des Haushaltsausschusses des Hessischen Landtags für das Rj. 1963 niedrigere Beträge festgelegt werden, als sie für 1962 vorgesehen waren.

C. Einmalige und außerordentliche Ausgaben

Für die einmaligen Ausgaben und die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts, die vorläufig nur in dem durch Artikel 140 der Hessischen Verfassung gezogenen Rahmen aus Resten des Vorjahres geleistet werden dürfen, kann eine einheitliche Regelung nicht getroffen werden. Ich bitte deshalb, derartige Ausgaben nur mit meiner Zustimmung zu leisten.

D. Ausgabereste

Beträge, die bei übertragbaren Ausgabebewilligungen am Schluß des Rechnungsjahres 1962 nicht verwendet sind, dürfen gemäß § 30 Abs. 2 RHO nur mit meiner vorherigen Zustimmung verausgabt werden.

Ich bitte, mir die Pläne über die Verwendung der Reste nach Muster 7 RWB — in Abweichung von § 17 (3) RWB — bis zum 1. Februar 1963 in dreifacher Ausfertigung zu übersenden.

E. Buchung

Die Haushaltseinnahmen und Haushaltsausgaben 1963 sind an der Stelle zu buchen, an der sie in dem vorbereiteten Entwurf zum Haushalt 1963 veranschlagt sind.

Wiesbaden, 27. 12. 1962

Der Hessische Minister der Finanzen

H 1000/63 — III. 7

StAnz. 1/1963 S. 6

18

Löschung in der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Lande Hessen

StAnz. 1956 S. 816

(Veröffentlichung gem. § 8 der Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure vom 20. 1. 1938 — RGBl. I S. 40)

Lfd. Nr. der Zulassung	Name, Vorname	Ort der Niederlassung	Bemerkung
12	Sobolewski, Artur	Kassel, Kohlenstr. 71	verstorben am 5. 10. 1962
24	Brockmann, Friedrich	Frankfurt (M.), Rüterstraße 1	verstorben am 11. 12. 1962
36	Friedl, Paul	Hanau (Main), Nordstraße 10	verstorben am 25. 11. 1962

Änderung des Niederlassungsortes und des Wohnsitzes des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs Wilhelm Klaehn

StAnz. 1959 S. 920

(Bekanntgabe gem. § 5 Abs. 2 der Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure vom 20. 1. 1938 — RGBl. I S. 40)

Der Öffentlich bestellte Vermessungsingenieur Wilhelm Klaehn hat seine Geschäftsräume und seinen Wohnsitz von Kassel, Naumburger Straße 27, nach Kassel-Niederzwehren, Wilhelm-Busch-Straße 57, verlegt.

Wiesbaden, 17. 12. 1962

Der Hessische Minister der Finanzen
K 2700 B — 24, 44, 78, 110 — VI/1
StAnz. 1/1963 S. 7

19

Vorläufige Weitergeltung der Eintragungen auf den Lohnsteuerkarten 1962

Es wird den Finanzämtern nicht möglich sein, sämtliche Anträge auf Änderung und Ergänzung der Lohnsteuerkarten 1963 bis zum 31. Januar 1963 zu erledigen. Ich bin

deshalb damit einverstanden, daß der Arbeitgeber über die Vorschriften des § 37 Abs. 2 LStDV hinaus die Lohnsteuer für Lohnzahlungszeiträume, die spätestens am 28. Februar 1963 enden, vorläufig nach den Eintragungen auf der Lohnsteuerkarte 1962 berechnet, wenn der Arbeitnehmer die Lohnsteuerkarte 1963 noch nicht vorlegen kann, weil sie sich zur Änderung und Ergänzung beim Finanzamt befindet.

Bei der vorläufigen Berechnung der Lohnsteuer nach den Merkmalen der Lohnsteuerkarte 1962 ist ein eingetragener und am 31. Dezember 1962 geltender steuerfreier Jahresbetrag bei monatlichen Lohnzahlungen mit $\frac{1}{12}$ und bei wöchentlichen Lohnzahlungen mit $\frac{1}{52}$ zu berücksichtigen (Abschn. 52a LStR).

Diese Regelung kann bei Arbeitnehmern, denen der Arbeitslohn im voraus (zu Beginn des Lohnzahlungszeitraums) gezahlt wird, auch noch für Lohnzahlungszeiträume angewendet werden, die spätestens am 31. März 1963 enden.

Ich bitte, die Finanzämter und Arbeitgeberverbände entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 17. 12. 1962

Der Hessische Minister der Finanzen
S 2230 — 76 — II/23

StAnz. 1/1963 S. 7

20

Durchführung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 17. April 1962 (GVBl. I Seite 261)

Es besteht Veranlassung, auf folgendes hinzuweisen:

Die nach § 29 Abs. 3 HBesG in der Fassung des Dritten Besoldungsänderungsgesetzes vom 17. April 1962 zum Grundgehalt tretende Ausgleichszulage ist in bezug auf das Dritte Besoldungserhöhungsgesetz vom 13. September 1962 (GVBl. I S. 415) als Bestandteil des Grundgehalts zu behandeln. Sie nimmt daher an der in diesem Gesetz vorgesehenen Erhöhung um sechs vom Hundert teil.

Wiesbaden, 11. 12. 1962

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1604 A — 737 — I 54

StAnz. 1/1963 S. 7

21

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung**Errichtung der Pfarrkuratie St. Elisabeth in Lehnerz, Kreis Fulda**

Nach Anhörung bzw. Zustimmung der Beteiligten hat der Bischof von Fulda folgendes verordnet:

1. Die bisherige Filialkirchengemeinde St. Elisabeth in Lehnerz in der Dompfarrgemeinde Fulda wird zur selbständigen Kirchengemeinde und Pfarrkuratie erhoben.

2. Ihr wird die gleichfalls bisher zur Dompfarrgemeinde Fulda gehörige Filialkirchengemeinde St. Anna in Dietershan eingegliedert.

3. Die Dompfarrgemeinde Fulda als Muttergemeinde und die Kuratiekirchengemeinde St. Elisabeth in Lehnerz als Tochtergemeinde verzichten wechselseitig auf alle vermögenswerten Ansprüche und Verpflichtungen.

4. Die Kirchengemeinde St. Elisabeth in Lehnerz übernimmt alle üblichen Lasten einer Kuratiekirchengemeinde.

5. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Januar 1963 in Kraft.
Fulda, 10. 12. 1962

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.
Wiesbaden, 17. 12. 1962

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
VI/5 — 883 — 11
StAnz. 1/1963 S. 7

22

Verordnung über Kirchenkreisgrenzen sowie Umpfarrungs-urkunde

Der Bischof der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck hat nach Anhörung der Beteiligten folgendes verordnet:

§ 1

Die pfarramtliche Verbindung der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Ernsthausen mit der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Münchhausen, Kirchenkreis Marburg-Land, wird aufgehoben. An ihre Stelle tritt die pfarramtliche Verbindung mit der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Birkenbringhausen und der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Wiesenfeld, Kirchenkreis Frankenberg, unter dem Evangelischen Pfarramt Wiesenfeld.

§ 2

Die Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Münchhausen und die Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde Münchhausen, Kirchenkreis Marburg-Land, werden zu der Evangelischen Kirchengemeinde Münchhausen, Kirchenkreis Marburg-Land, vereinigt.

§ 3

Die evangelisch-lutherische Pfarrstelle Münchhausen wird in I. evangelische Pfarrstelle Münchhausen und die evangelisch-reformierte Pfarrstelle Münchhausen in II. evangelische Pfarrstelle Münchhausen umbenannt.

§ 4

Diese Urkunde tritt am 1. Januar 1963 in Kraft.
Kassel, 20. 11. 1962

Vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.
Wiesbaden, 20. 12. 1962

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
VI/5 — 881/11

StAnz. 1/1963 S. 7

23

Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrei Mariä Himmelfahrt in Wächtersbach, Kreis Gelnhausen

Nach Anhörung bzw. Zustimmung der Beteiligten hat der Bischof von Fulda folgendes verordnet:

1. Die bisherige Kapellengemeinde Wächtersbach wird zur selbständigen Kirchengemeinde und Pfarrei erhoben.

2. Sie umfaßt folgende Gemeinden: Hellstein, Hesseldorf, Neuenschmidten, Schlierbach, Spielberg, Streitberg, Udenhain, Wächtersbach, Weilers, Wittgenborn und den Ortsteil Weierhof der Gemeinde Waldensberg.

3. Die in den genannten Gemeinden und dem genannten Ortsteil wohnenden Katholiken scheidet aus der Kirchengemeinde und Pfarrei Salmünster aus und bilden die neue Kirchengemeinde und Pfarrei Mariä Himmelfahrt in Wächtersbach.

4. Die im Gebiet der neuen Kirchengemeinde und Pfarrei gelegenen kirchlichen Grundstücke gehen in das Eigentum derselben über. Im übrigen verzichten Muttergemeinde und Tochtergemeinde wechselseitig auf alle vermögenswerten Ansprüche und Verpflichtungen.

5. Die neue Kirchengemeinde übernimmt alle üblichen Lasten einer Pfarrei.

6. Die Kirche Mariä Himmelfahrt in Wächtersbach wird zur Pfarrkirche erhoben.

7. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Januar 1963 in Kraft. Fulda, 10. 12. 1962

Vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 17. 12. 1962

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
VI/5 — 883 — 11

StAnz. 1/1963 S. 8

24

Errichtung der Pfarrei Christkönig und der Kirchengemeinde und Pfarrkuratie St. Michael in Stadt Allendorf, Kreis Marburg (Lahn)

Nach Anhörung bzw. Zustimmung der Beteiligten hat der Bischof von Fulda folgendes verordnet:

1. In der Pfarrei St. Katharina in Stadt Allendorf wird von der Kirchengemeinde Christkönig die Kirchengemeinde St. Michael abgetrennt.

2. Die Grenze zwischen beiden Kirchengemeinden bildet die Bahnlinie Frankfurt am Main—Kassel. Die Grenze zwischen der Muttergemeinde St. Katharina und den Tochtergemeinden Christkönig und St. Michael bildet die Neue Neustädter Straße (Bundesstraße 454).

3. Die Kirchengemeinde Christkönig wird zur Pfarrei, die Kirchengemeinde St. Michael zur Pfarrkuratie erhoben.

4. Die der Pfarrei Christkönig gewidmeten kirchlichen Grundstücke gehen von ihrem bisherigen Rechtsträger, dem Bischöflichen Stuhl in Fulda, in das Eigentum der Kirchengemeinde Christkönig über.

5. Die im Eigentum der Muttergemeinde St. Katharina befindlichen Grundstücke, Flurstück 72 und 73 in der Flur 19, gehen in das Eigentum der Kirchengemeinde St. Michael

über. Alle übrigen Grundstücke der Muttergemeinde St. Katharina verbleiben in deren Eigentum.

6. Der Kirchengemeinde Christkönig bleibt das Recht vorbehalten, das Gelände vor der Kirche St. Michael, Flur 19, Flurstück 72—75, unentgeltlich zum Zweck sportlicher und kultureller Veranstaltungen sowie für Erholungszwecke, jedoch ohne bauliche Veränderungen, mitzubenutzen und die Ausübung dieses Rechtes fallweise auch Einzelpersonen oder Personengruppen aus dem Gebiet der Kirchengemeinde Christkönig zu übertragen. Bei Benutzung ist die berechnete Kirchengemeinde Christkönig verpflichtet, anteilig zu den Unterhaltungskosten des Geländes beizutragen.

7. Im übrigen verzichten Muttergemeinde und Tochtergemeinde auf alle vermögenswerten Rechte und Pflichten aneinander. Ziffer 5 dieser Urkunde bleibt unberührt.

8. Die Kirchengemeinde Christkönig übernimmt alle üblichen Lasten einer Pfarrei, die Kirchengemeinde St. Michael die einer Pfarrkuratie.

9. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Januar 1963 in Kraft. Fulda, 10. 12. 1962

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht. Wiesbaden, 17. 12. 1962

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
VI/5 — 883 — 11

StAnz. 1/1963 S. 8

25

Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrkuratie Heilig-Geist in Niedervellmar, Kreis Kassel

Nach Anhörung bzw. Zustimmung der Beteiligten hat der Bischof von Fulda folgendes verordnet:

1. In der Pfarrei St. Joseph in Kassel wird die selbständige Kirchengemeinde und Pfarrkuratie Heilig-Geist in Niedervellmar gegründet.

2. Sie besteht aus den Gemeinden Frommershausen, Niedervellmar, Obervellmar. Ihre Grenzen decken sich mit den Grenzen der genannten Gemeinden.

3. Die in den vorgenannten Gemeinden wohnenden Katholiken scheidet aus der Kirchengemeinde St. Joseph in Kassel aus und bilden die neue Kirchengemeinde und Pfarrkuratie Heilig-Geist in Niedervellmar. Die Pfarrkuratie Heilig-Geist in Niedervellmar verbleibt aber im Verband der Pfarrei St. Joseph in Kassel.

4. Das in der neuen Kirchengemeinde Heilig-Geist in Niedervellmar gelegene Eigentum der Kirchengemeinde St. Joseph in Kassel geht in das Eigentum der neuen Kirchengemeinde über. Im übrigen verzichten Mutter- und Tochtergemeinde wechselseitig auf alle vermögenswerten Ansprüche und Verpflichtungen.

5. Die neue Kirchengemeinde übernimmt alle üblichen Lasten einer Pfarrkuratiegemeinde.

6. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Januar 1963 in Kraft. Fulda, 10. 12. 1962

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht. Wiesbaden, 17. 12. 1962

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
VI/5 — 883/11

StAnz. 1/1963 S. 8

26

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Druckgasverordnung

hier: Einschraub-Sicherheitsventil für Gasflaschenventile 28,8 Propan DIN 477 für Flaschen für Propan und Butan mit mehr als 14 kg Füllgewicht der Firma Knapsack-Griesheim Aktiengesellschaft, Werk Griesheim-Autogen, Frankfurt am Main

Gemäß Ziffer 12 (5) der Technischen Grundsätze zur Druckgasverordnung wird nach Anhören des Deutschen Druckgasausschusses unter Zugrundelegung der von der Bundesanstalt

für Materialprüfung in Berlin-Dahlem durchgeführten Baumusterprüfung (vgl. den Bericht vom 9. 8. 1962 — Nummer 9250/62 4-1739) die Bauart eines

Einschraub-Sicherheitsventils für Gasflaschenventile 28,8 Propan DIN 477 für Flaschen für Propan und Butan mit mehr als 14 kg Füllgewicht nach folgenden Unterlagen der Firma Knapsack-Griesheim AG

Zusammenstellungszeichnung Nr. 386 228 vom 27. 6. 1962 und Schreiben der Firma Wetzell, Hildesheim, vom 11. 4. 1962, Stückliste

- Einzelteil-Zeichnung-Nr. 386 229 vom 28. 6. 1962
- Einzelteil-Zeichnung-Nr. 386 230 vom 26. 6. 1962
- Einzelteil-Zeichnung-Nr. 386 231 vom 26. 6. 1962
- Einzelteil-Zeichnung-Nr. 386 232 vom 27. 6. 1962
- Einzelteil-Zeichnung-Nr. 386 234 vom 28. 6. 1962
- Einzelteil-Zeichnung-Nr. 386 235 vom 28. 6. 1962

anerkannt und der Herstellung dieses Sicherheitsventiles in dem Betrieb der Firma Knapsack-Griesheim AG in Frankfurt am Main zugestimmt.

Das Sicherheitsventil ist u. a. zum nachträglichen Einschrauben in den Berstscheibenstutzen der Flaschenventile 28,8 als Ersatz für die bisher verwendeten Berstscheiben bestimmt.

Die Bauartanerkennung und die Herstellungszustimmung sind an folgende Bedingungen gebunden:

1. Bauart, Abmessungen und Werkstoffe müssen den oben genannten Unterlagen entsprechen. Sämtliche Teile müssen aus fehlerfreiem Material hergestellt sein.

2. Das Sicherheitsventil muß bei einem Druck von 35 ± 5 kg je Quadratcentimeter öffnen und spätestens bei einem Druck, der nicht kleiner als 90% des tatsächlichen Öffnungsdruckes ist, schließen.

3. Das Sicherheitsventil muß bis zum Öffnen und bei anschließender Druckentlastung nach dem Schließen gegen die Atmosphäre dicht sein.

4. Zum Schutz des Ventilsitzes und der Feder gegen Verschmutzung und Feuchtigkeit ist die Austrittsöffnung des Ventiles abzudecken. Die Abdeckplatte (Signalscheibe), die beim Ansprechen des Sicherheitsventils herauspringt oder zerreißt, dient gleichzeitig als Anzeige, daß das Ventil angesprochen hat.

5. Jedes Sicherheitsventil ist vor dem Aufsetzen der Signalscheibe durch einen verantwortlichen Angehörigen des Herstellerwerkes auf Einhaltung der vorgeschriebenen Druckgrenzen beim Öffnen und Schließen und anschließend auf Gasdichtheit bis 30 kg/cm^2 zu prüfen.

6. Nach der Prüfung zu 5. ist die Einstellung gegen Verstellung zu sichern und erforderlichenfalls zu plombieren.

7. Der Berstdruck der Signalscheibe darf nicht größer als 3 kg/cm^2 sein.

8. Auf einer Schlüsselfläche oder der Stirnfläche des Sicherheitsventils sind der Soll-Ansprechdruck „ 35 kg/cm^2 “ und das Herstellerzeichen anzugeben. Mit der Wiedergabe des Herstellerzeichens übernimmt der Hersteller die Gewähr, daß das Sicherheitsventil den Bedingungen 1 bis 7 entspricht. Sicherheitsventile ohne Kennzeichnung dürfen nicht in den Verkehr gebracht werden.

9. Für den Einbau der Sicherheitsventile in die Flaschenventile gilt:

9.1 Das Sicherheitsventil ist in geeigneter Weise — z. B. durch eine Schraube — gegen Lösen zu sichern. Die Sicherung ist zu plombieren.

9.2 Nach dem Einbau ist das Sicherheitsventil und seine Verschraubung unter Betriebsdruck (Dampfdruck des Gases bei Raumtemperatur) zu prüfen.

9.3 Der Austausch von Berstscheiben gegen Sicherheitsventile an im Gebrauch befindlichen Flaschen darf nur in Füllstellen, die regelmäßig 33-kg-Flaschen füllen, und nur durch sachverständiges Personal vorgenommen werden.

Die Bezieher von Sicherheitsventilen sind bei der Lieferung schriftlich auf diese Bedingungen hinzuweisen.

Die Bauartanerkennung wird auf fünf Jahre befristet. Sie kann auf Antrag verlängert werden.

Jede Änderung der Bauart, des Werkstoffes und der Abmessungen bedarf der Zustimmung; bei wesentlichen Änderungen ist eine neue Baumusterprüfung erforderlich.

Eine Prüfung der Fertigung erfolgt alle $2\frac{1}{2}$ Jahre. Wenn im Gebrauch der Sicherheitsventile beobachtete Mängel zu Zweifeln an der Übereinstimmung mit der anerkannten Bauart oder an der ordnungsmäßigen Fertigung oder Prüfung der Ventile Anlaß geben, kann jedoch jederzeit eine Nachprüfung von Ventilen oder eine Prüfung der Fertigung gefordert werden.

Wiesbaden, 2. 11. 1962

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

III c — Az.: 53 a 10. 11. 61 — Tgb.-Nr. 2446/62

StAnz. 1/1963 S. 8

27 Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen

Bevölkerungszahl: 4 861 250

Monat: November
(4. 11.—1. 12. 1962)

(Monat setzt sich aus 4 Wochenberichten zusammen)

Reg.-Bezirk	E = Erkrankungsfall T = Todesfall	Enteritis infectiosa		Übertragbare Gehirnentzündung	Übertr. Kinderlähmung		Ornithose	Ruhr	Typhus abdominalis	Diphtherie	Scharlach	Brucellose			Übertr. Hirnentzündung		Leptospirose			Verletzung durch tollwutkranke oder -verdächtige Tiere*)	Toxoplasmose	Tetanus	Kindbettfieber nach Fehlgeburt	Malaria	Coxsackie	Todesfall an			
		Salmonellose	übrige Formen		insgesamt	davon paralytisch						Psittakose	übrige Formen	Paratyphus A und B	Bakterielle Ruhr	Amöbenruhr	Meningokokken-Meningitis	übrige Formen	Hepatitis infectiosa							Weilsche Krankheit	Feldfieber	Canicolarfieber	übrige Formen
Reg.-Bezirk DARMSTADT	E T	— —	— —	2 1	— —	— —	— —	— —	— —	— —	1 —	89 —	— —	— —	— —	3 1	63 —	— —	— —	— —	3 (20) —	3 —	1 —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Reg.-Bezirk KASSEL	E T	1 —	— —	— —	— —	— —	1 —	— —	2 —	— —	1 —	45 —	— —	— —	— —	1 —	24 —	— —	— —	— —	6 (16) —	1 —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Reg.-Bezirk WIESBADEN	E T	6 —	1 1	— —	— —	— —	2 —	— —	5 —	— —	6 —	103 —	— —	— —	— —	5 —	2 —	93 —	— —	— —	4 (6) —	2 —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Land HESSEN	E T	7 —	1 1	2 1	— —	— —	3 —	— —	2 —	— —	8 —	8 —	4 —	237 —	— —	5 1	6 —	180 —	— —	— —	13 (42) —	6 —	1 —	— —	— —	— —	— —	— —	— —

*) Zahlen in Klammern: Enge Kontakte (Berührungen) mit tollwutkranken bzw. -verdächtigen Tieren.

Wiesbaden, 13. 12. 1962

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

— VI e — 18 d 02 —

StAnz. 1/1963 S. 9

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Zusammenlegung Bindsachsen, Kreis Büdingen

Zusammenlegungsbeschluss

Auf Grund des § 91 in Verbindung mit § 93 (2) des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung eines Teiles der Gemarkung Bindsachsen (Kreis Büdingen) wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet werden die in der Anlage 1 aufgeführten Flurstücke festgestellt. Das Zusammenlegungsgebiet ist auf der Gebietskarte durch einen grünen Farbstreifen gekennzeichnet und hat eine Größe von rd. 715 ha. Anlage 1 und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft des beschleunigten Zusammenlegungsverfahrens Bindsachsen (Kreis Büdingen)“ mit dem Sitz in Bindsachsen. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Nach § 14 des Flurbereinigungsgesetzes werden die Beteiligten aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigten, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt Gießen (Behördenhochhaus), Ostanlage 47, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechts muß die Wirkung eines vor Anmeldung eingetretenen Fristablaufs ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach den §§ 34 und 85 des FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen, oder ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 Flurbereinigungsgesetz wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte und verlichtete Fläche nach den Anweisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Stand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Bindsachsen sowie in den Nachbargemeinden Gelnhaar, Wenings, Kefenrod, Michelau, Büdingen, Dudenrod, Aulendiebach, Usenborn und Wolferborn (Kreis Gelnhausen) öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig werden der Beschluß mit Begründung, die Anlage 1 und die Gebietskarte zur Einsichtnahme für die Beteiligten in den Bürgermeisterämtern der genannten Gemeinden zwei Wochen ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Beschwerde beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als obere Flurbereinigungsbehörde, erhoben werden. Die Einlegung der Beschwerde ist innerhalb vorgenannter Frist auch beim Kulturamt in Gießen, Ostanlage 47 (Behördenhochhaus) zulässig. Der Lauf der Frist beginnt am

1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt oder Kulturamt in Gießen zu erklären.

Gießen, 29. 10. 1962

Kulturamt Gießen
DF 378 Z
StAnz. 1/1963 S. 10

Anlage 1 zum Zusammenlegungsbeschluss Bindsachsen. Als Zusammenlegungsgebiet werden festgestellt: Flur 1 die Flurstücke 1/1, 1/2, 2/1, 2/2, 3/1, 3/2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11/1, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22., 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29/1, 29/2, 30/1, 30/2, 31/1, 31/2, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 83 bis 97, 98/1, 98/2, 99 bis 125, 131, 132, 133 1, 133/2, 134, 135, 136, 259 bis 265, 276 bis 288, 307, 309, 310, 311, 312, 314 bis 322, 326, 327, 328, 335, 336, 337, 338, 343, 344, 345, 350, 354;

Flur 2, 3, 4, 5, 6, 7 ganz;

Flur 8 außer den Flurstücken 64/1, 64/2, 89 2, 90 1, 90 2, 90/3, 91/2, 91/3, 91/6, 91/7, 91/8, 91/9, 91/10, 91/11, 92/5, 93/5, 93/6, 93/7, 93/8, 94/1 94/3, 94/4, 94/5, 94/6;

Flur 9, 10, 12 ganz.

Flurbereinigung Schadges, Krs. Lauterbach

Flurbereinigungsbeschluss

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. 1953 I S. 591 ff) wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Schadges/Kreis Lauterbach, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung einschließlich der Ortslage und des Waldes mit einem Flächeninhalt von rd. 483 ha festgesetzt. Hierin ist eine Waldfläche von rd. 339 ha enthalten, wovon 330 ha nur aus vermessungstechnischen Gründen zugezogen werden. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung Schadges“ mit dem Sitz in Schadges. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Lauterbach, Adolf-Spieß-Straße 34, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verhandlungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe ent-

gegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällte, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in den Gemeinden Schadges, Lauterbach (Ortsteil Rudlos), Stockhausen, Herbstein und Rixfeld öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern der vorgenannten Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als obere Flurbereinigungsbehörde, erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären. Wiesbaden, 27. 11. 1962

Landeskulturamt
DF 381 — 41388/62
StAnz. 1/1963 S. 10

30

Flurbereinigung Eibelshausen/Dillkreis

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Gemarkung Eibelshausen/Dillkreis, wird hiermit angeordnet.

2. Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt die Grundstücke der Gemarkung Eibelshausen, ausschließlich der Ortslage, so wie sie aus dem als Anlage beigefügten Verzeichnis über die zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke ersichtlich sind (Anlage 1). Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von rd. 635 ha, worin eine Waldfläche von 288 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte durch einen grünen Farbstreifen und die ausgeschlossene Ortslage durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht. Die Anlage 1 sowie die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Eibelshausen/Dillkreis, mit dem Sitz in Eibelshausen/Dillkr.“. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Dillenburg, Wilhelmstraße 9II, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufs ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen her-

gestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällte, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat. 6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in den Gemeinden Eibelshausen, Steinbrücken, Roth, Simmersbach, Eiershausen, Wissenbach und Ewersbach öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeistern in Eibelshausen, Steinbrücken, Roth, Simmersbach, Eiershausen, Wissenbach und Ewersbach zwei Wochen lang ausgelegt.

7. Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann innerhalb zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären. Wiesbaden, 27. 11. 1962

Landeskulturamt
WF 326 — 41576/62
StAnz. 1/1963 S. 11

Anlage 1 zum Flurbereinigungsbeschluß Eibelshausen (Dillkreis):

Zum Flurbereinigungsgebiet gehören folgende Fluren: Flur 1 ganz im Verfahren = 24,5861 ha, Flur 2 ganz im Verfahren = 29,3617 ha, Flur 3 ganz im Verfahren = 24,9980 ha, Flur 4 ganz im Verfahren = 2,5230 ha, Flur 5 ganz im Verfahren = 27,0454 ha;

Flur 6 Flurst. Nr. 1—104, 176—199, 200/1, 200/2, 201/1, 202/1, 202/2, 203/1, 203/2, 204/1, 223—227, 515/228, 527/228, 514/229, 526/229, 294—307, 397/308, 309—312, 528/313, 529/315, 316—317, 382/318 tlw., 327, 531/329, 530/332, 350/1, 330/2, 330/3, 330/4, 218/1, 204/3, 204/4, 205/1, 207/1, 210/1, 211/1, 213/1, 214/1, 216/1, 217/1, 218/3 u. 328/1, 206/1 = 10,6281 ha;

Flur 7 ganz im Verfahren = 35,6325 ha, Flur 8 ganz im Verfahren = 23,2519 ha, Flur 9 ganz im Verfahren = 41,9652 ha, Flur 10 ganz im Verfahren = 6,0084 ha, Flur 11 ganz im Verfahren = 26,7796 ha, Flur 12 ganz im Verfahren = 20,0145 ha, Flur 13 ganz im Verfahren = 11,8453 ha, Flur 14 ganz im Verfahren = 5,0340 ha, Flur 15 ganz im Verfahren = 16,3508 ha;

Flur 16 Flurst. Nr. 1—75, 82—86, 127—130, 145, 150—185, 233—302, 306—341, 344, 348, 349 tlw., 359—361, 365, 367—376, 378—394, 146/1, 147/1, 147/2, 149/1, 149/2, 366/1, 223/5, 303/1, 304/1, 377/1, 305/1, 87/1, 87/2, 138/1 tlw., 92/11, 77/1, 78/1, 79/1, 80/1, 342/1, 342/2, 76/1, 343/1, 122/1, 122/2, 123/1, 124/1, 125/1 u. 126/1, 146/2 = 18,4774 ha;

Flur 20 Flurst. Nr. 10—16, 17/1, 17/2, 18—21, 22/1, 22/2, 23—28, 168/29, 169/30, 174/37, 175/37, 176/38, 177/38, 178/38, 180/39, 181/39, 182/39, 40—52, 54/1, 54/2, 54/3, 76—83, 133, 134, 185/135, 138, 139, 144/1, 144/2, 144/3 230/145, 153—155, 7/1, 9/1, 31/1, 32/1, 33/1, 34/1, 35/1, 84/1, 84/2, 84/3, 87/1, 92/2, 132/1, 140/1, 140/2, 140/3, 140/4, 142/1, 143/1 156/1, 156/2, 156/3, 156/4, 156/5, 156/6, 156/7, 156/8, 156/9, 156/10, 156/11 u. 157/1 = 4,9545 ha;

Flur 22 Flurst.-Nr. 1—79, 86—112, 128, 129, 207/130, 208/130, 146—149, 152, 153, 154/1, 154/2, 155, 156 tlw., 161—188, 190—192, 80/1, 80/2, 84/1, 84/2, 85/1, 85/2, 189/1 u. 189/2 tlw., 154/3 = 7,8729 ha;

Flur 23 Flurst.-Nr. 1—40, 302/41, 42, 43, 283/44, 297/44, 284/45, 285/46, 286/47, 287/48, 296/48, 288/49, 289/50, 290/50, 291/51, 292/52, 293/53, 294/54, 295/55, 56—63, 66—88, 281/89, 309/89, 89/1, 307/90, 91—95, 96 tlw., 97 tlw., 98, 99—114 tlw., 310/115 tlw., 311/116 tlw., 312/116 tlw., 164—166 tlw., 167, 177—182 tlw., 183—189, 190 tlw., 196—199 tlw., 200—216, 217 bis 223 tlw., 224—251, 298/252, 299/252, 300/253, 313/254, 257/1, 257/2 tlw., 259 tlw., 301/260, 314/261, 262, 263, 316/264 tlw., 265 tlw., 266 tlw., 274—276 tlw., 277, 278, 64/1 und 65/1 = 11,5000 ha;

Flur 24 ganz im Verfahren = 285,7231 ha, zusammen: 635 ha.

31

Flurbereinigung Frankfurt am Main-Unterliederbach

Änderungsbeschuß zum Flurbereinigungsbeschuß vom 21. 1. 1959

Auf Grund des § 8 (2) in Verbindung mit § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 — wird folgender Änderungsbeschuß zum Flurbereinigungsbeschuß vom 21. 1. 1959 — WF 222 — 407/59 — erlassen.

1. Vom Flurbereinigungsverfahren Ffm.-Unterliederbach bleiben nur die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke der Gemarkungen Ffm.-Unterliederbach und Ffm.-Zeilsheim in einer Größe von 86 ha im Verfahren. Die restlichen 302 ha werden ausgeschlossen. Die im Verfahren verbleibenden Teile des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte — Anlage 2 — durch orange Farbstreifen kenntlich gemacht. Anlage 1 und 2 bilden Bestandteile dieses Beschlusses.

2. Die übrigen Bestimmungen des Flurbereinigungsbeschlusses vom 21. 1. 1959 behalten ihre Gültigkeit.

3. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in Ffm.-Unterliederbach sowie in den Nachbargemeinden Ffm.-Zeilsheim, Ffm.-Sindlingen, Ffm.-Höchst, Ffm.-Sossenheim, Sulzbach, Oberliederbach, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschuß mit Begründung und der Gebietskarte sowie der Anlage 1 zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern bzw. den Bezirksvorstehern dieser Gemeinden bzw. Stadtbezirke zwei Wochen lang ausgelegt.

4. Gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21. 1. 1960 (BGBl. I S. 17) wird die sofortige Vollziehung dieses Änderungsbeschlusses angeordnet.

5. Gegen diesen Beschuß kann binnen zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landes-

kulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.
Wiesbaden, 4. 12. 1962

Landeskulturamt
WF 222 G.Nr. 41564/62
StAnz. 1/1963 S. 12

Anlage 1 zur Flurbereinigung Unterliederbach:**Gemarkung Unterliederbach**

Flur 1 ganz, mit Ausnahme der Flurstücke Nrn. 63 bis 69, 135/1, 135/3 bis 135/21;

Flur 2 ganz, mit Ausnahme der Flurstücke Nrn. 90 4, 181/74, 182/75, 185/76, 186/77, 189/78, 194 89, 195 90, 198 91, 199/92, 154/93 und 202/93;

Flur 3 ganz, mit Ausnahme der Flurstücke Nrn. 80 1 bis 80/21;

Flur 4 tlw., und zwar die Flurstücke Nrn. 45 2, 230/28, 231/29, 234/30, 31'2, 239/33, 242/34, 243/35, 246/36, 37'1, 251/39, 254/40, 257/41, 260/44, 261 45, 290 49, 291 49, 265 52, 268 52, 269/53, 272/56, 273/57, 296/60, 297/60 und 298/60;

Flur 6 tlw., und zwar die Flurstücke Nrn. 57 1, 193 52 tlw., 196 53, 197/54, 200/55, 203/56, 324/64 tlw., 323 65 tlw., 322/66 tlw., 321/66 tlw., 320/67 tlw., 319/68 tlw., 318/68 tlw., 317 69 tlw., 316/70 tlw., 71, 72, 315/73 tlw., 314/74 tlw., 313 75 tlw., 76 tlw., 77 tlw., 168/78 tlw., 169 78 tlw., 170/78 tlw., 79 1 bis 79/8, 83/1 bis 90/1, 91 bis 103, 224/104, 225 105, 226 106, 228 106, 107/1 tlw., 263/107, 111/1, 235/114, 236/115, 239 118, 240 119, 243/122 und 127/1;

Gemarkung Zeilsheim

Flur 4 tlw., und zwar die Flurstücke Nrn. 1 bis 5, 82-6, 83/7, 8 bis 11, 109/12, 110/12, 13, 14, 15 1, 79 2, 79/13 und 80.

Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von a) Gemarkung Unterliederbach 80 ha, b) Gemarkung Zeilsheim 6 ha zusammen; 86 ha.

32

Personalmeldungen

Es sind

F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volkshildung**b. Regierungspräsident Darmstadt Volksschulen**

ernannt

zum/zur Realschullehrer(in) (BaL) Lehrer Heinz Mandel, Viernheim (30. 4. 1962); Lehrerin Helma Gallenkamp, Darmstadt (13. 11. 1962);

ernannt

zum/zur apl. Realschullehrer(in) (BaW) die apl. Realschullehrer i. befr. Beamtenverhältnis Wilhelm Knöß, Mörfelden (9. 8. 1962); Franz Peter, Babenhausen (17. 8. 1962); Anneliese Ettlinger, Bad Vilbel (17. 8. 1962); Karen Ziegert, Sprendlingen (16. 8. 1962); Ruth Eva Teutsch, Birkenau (22. 8. 1962); Reinhold Eberhard, Lorsch (12. 9. 1962); Dr. Ludwig Herm, Gustavsburg (25. 10. 1962); Helmut Hilß, Gernsheim (24. 10. 1962);

zum/zur apl. Realschullehrer(in) (BaP) die apl. Realschullehrerin im befr. Beamtenverhältnis Hannelore Bautz, Neu-Isenburg (18. 9. 1962); Annerose Schubert, Nidda (12. 9. 1962); Lehrer Theodor Loehrke, Fürth/O. (29. 9. 1962); apl. techn. Lehrerin Hildegard Schulte, Gernsheim (10. 10. 1962);

zum Realschullehrer die Lehrer(in) Kurt Bolze, Darmstadt (14. 8. 1962); Ernst Lodahl, Gießen (27. 8. 1962); Paul Jensch, Gießen (16. 8. 1962); Rudolf Czerwenka, Darmstadt (6. 8. 1962); Herbert Ehmke, Darmstadt (6. 9. 1962); Heinrich Schad, Bischofsheim (30. 8. 1962); Paul Dörr, Darmstadt (5. 8. 1962); Wilhelm Rühl, Gießen (18. 9. 1962); Ilse Schaumberger, Offenbach (4. 9. 1962); Ingeborg Rebling, Darmstadt (6. 9. 1962); Hans Joachim Schwär, Rüsselsheim (12. 9. 1962); Hans Erich Flörshaimer, Rüsselsheim (29. 8. 1962); Alex Donnerhack, Groß-Gerau (25. 8. 1962); die techn. Lehrerin Maria Bock, Walldorf (20. 9. 1962); die Lehrer(in) Bruno Ulbrich, Bad Nauheim (8. 10. 1962); Roland Lippmann, Gernsheim (2. 8. 1962); Kurt Thiel, Gießen (15. 10. 1962); die apl. Lehrerin (BaW) Maria Wagner, Höchst (7. 9. 1962); die Lehrer(in)

Rudolf Engel, Neckarsteinach (29. 9. 1962); Alfred Bauer, Mühlheim (19. 10. 1962); Erich Werner, Höchst (10. 10. 1962); Richard Tölg, Gießen (28. 9. 1962); Lieselotte Keßler, Friedberg (23. 10. 1962); Hans Beutel, Bensheim (30. 8. 1962); Walter Klein, Offenbach (17. 5. 1962); Karl Haase, Darmstadt (2. 5. 1962); Philipp Kohl, Schuldorf, Bergstr. (30. 4. 1962); Wilhelm Jäger, Offenbach (9. 5. 1962); Bodo Willrich, Bad Vilbel (22. 5. 1962); Lothar Gierschner, Schuldorf, Bergstraße (28. 4. 1962); Johann Jung, Viernheim (13. 7. 1962); Diether Lemke, Höchst (16. 5. 1962); Wilhelm Göbel, Darmstadt (15. 5. 1962); Werner Ulbricht, Darmstadt (10. 7. 1962); Maria Geilenkirchen, Rüsselsheim (18. 6. 1962); Hans Scheibel, Darmstadt (23. 7. 1962); Otto Pautsch, Darmstadt (29. 8. 1962);

zum Volks- und Realschulkonrektor die Realschullehrer Wolfgang Doll, Groß-Gerau (27. 9. 1962); Emil Goldberg, Rüsselsheim (29. 10. 1962);

zum Volks- und Realschulrektor Rektor Franz Knapp, Lorsch (26. 10. 1962); Volks- und Realschulkonrektor Ludwig Walther, Michelstadt (5. 11. 1962); Realschullehrer Johannes Held, Groß-Zimmern (26. 5. 1962); Rektor Erich Schindler, Gedern (18. 7. 1962); Realschullehrer Heinrich Czipka, Fürth (6. 6. 1962);

zum Hauptlehrer die Lehrer Hermann Hidde, Klein-Umstadt (30. 8. 1962); Franz Paul Müller, Hergershausen (30. 8. 1962); Josef Jessl, Bürg-Gemünden (29. 10. 1962); Sonderschullehrer Karl Weiß, Groß-Gerau (28. 9. 1962); die Lehrer Otto Hanseitz, Ueberau (30. 4. 1962); Wilhelm Schäfer, Ober-Wöllstadt (16. 8. 1962); Georg Vielitz, Ulrichstein (16. 8. 1962);

zum Schulrat Rektor Hans Kuster, Heppenheim (31. 10. 1962);

zum Konrektor Hauptlehrer Erich Kuntzsch, Bad Nauheim (5. 9. 1962); Lehrer Anselm Nack, Heppenheim (22. 8. 1962); Realschull. Reinhold Müller, Nieder-Ramstadt (11. 10. 1962); die Lehrer Günter Zierz, Jügesheim (5. 10. 1962); Karl Krammig, Kl.-Krotzenburg (29. 10. 1962); Lehrerin Katharina Krimmel, Viernheim (31. 10. 1962); die Lehrer Rudolf Burk, Darmstadt (27. 4. 1962); Heinrich Bell, Ober-

Roden (30. 4. 1962); Friedrich Schmidt, Dietzenbach (21. 5. 1962); Kurt Buse, Biblis (28. 4. 1962);
zum Sonderschullehrer die Lehrer Günther Kleinjung, Groß-Rohrheim (6. 9. 1962); Hans Krüger, Büdingen (14. 9. 1962);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
techn. Lehrerin Ruth Rink-Dietrich, Steinheim (6. 6. 1962); die Lehrerinnen Lydia Kahlert, Offenbach (9. 1. 1962); Lotte Drischel, Pfungstadt (27. 6. 1962); Ina Stolp, Langen (1. 6. 1962); Katharina Dombrowski, Seligenstadt (17. 6. 62); Lehrer Paul Rompa, Günterfürst (26. 4. 1962); Lehrerin Ingeborg Preiß, Geiß-Nidda (16. 8. 1962); techn. Lehrerin Gisela Schulteiß, Reichelsheim (10. 10. 1962); Lehrerin Lieselotte Knoche, Steinberg (22. 10. 1962);

ernannt

zum/zur Lehrer(in) auf Probe die apl. Lehrer(in) (BaW) Luise Menge, Pfungstadt (20. 6. 1962); Gertrud Pintz, Rockenberg (20. 6. 1962); Margot Scherer, Babenhausen (11. 5. 1962); Gerhard Schneider, W.-Steinberg (18. 5. 1962); Walter Waraus, Stockstadt (9. 5. 1962); Otto Ebert, Lorsch (2. 5. 1962); Hildegard König, Friedberg (25. 6. 1962); Lehrerin i. A. A. Pfannenmüller, Langen (28. 6. 1962); die apl. Lehrer(in) (BaW) Roswitha Stein, Rüsselsheim (2. 5. 1962); Hans Kern, Münster (3. 5. 1962); Josef Dengel, Worfelden (28. 6. 1962); Irmgard Arnholz, Nieder-Beerbach (4. 7. 1962); Roland Kühnel, Waldmichelbach (22. 7. 1962); Horst Lohnes, Groß-Karben (11. 7. 1962); Inge Ramdohr, Viernheim (17. 5. 1962); Kurt Zimmermann, Utphe (24. 5. 1962); techn. Lehrerin Christa Stoschek, Hofheim (24. 5. 1962); die apl. Lehrer(in) Heinrich Schwabacher, Worfelden (28. 6. 1962); Gisela Werche, Lorsch (25. 5. 1962); Karl Weitzel, Ober-Rosbach (20. 7. 1962); Martin Hesse, Offenbach (20. 6. 1962); Gernot Heydecker, Ober-Mörlen (15. 6. 1962); Peter Rathenow, Raunheim (17. 5. 1962); Günter Hartmann, Friedberg (19. 6. 1962); Hans Stengel, Gießen (16. 5. 1962); Gerd Gerhardt, Dietzenbach (20. 6. 1962); Kurt Liebetau, Wallerstädten (6. 6. 1962); Gerlinde Kleineidam, Ober-Mörlen (16. 6. 1962); Margarethe Schilling, Okarben (8. 6. 1962); Hanna Biesenbach, Offenbach (16. 8. 1962); Hilde Brandl, Münzenberg (15. 6. 1962); Käthe Marenbach, Bad Vilbel (15. 8. 1962); Inge Maraun, Heuchelheim (26. 7. 1962); Realschullehrerin Rose-Marie Brylla, Butzbach (17. 8. 1962); Lehrerin i. A. Erika Ritter, Offenbach (27. 8. 1962); die apl. Lehrer(in) (BaW) Gudrun Dreßler, Lauterbach (22. 8. 1962); Hermann Berg, Fürth i. O. (27. 6. 1962); Willi Ferch, Groß-Karben (19. 7. 1962); Susanne Kammer, Ober-Mockstadt (25. 8. 1962); Margarete Rippert, Lorsch (25. 5. 1962); Maria Stöckl, Romrod (23. 8. 1962); Ortrud Beideck, Gießen (29. 8. 1962);
zum/zur Lehrer(in) (BaP) die apl. Lehrer(in) (BaW) Gertrud Lerch, Herbstein (5. 9. 1962); Irmgard Kaminski, Schlitz (5. 9. 1962); Hans Dupuis, Maar (6. 9. 1962); Barbara Kämmer, Darmstadt (6. 9. 1962); Hildegard Becker, Darmstadt (6. 9. 1962); Hilmar Schwemmer, Heuchelheim (6. 9. 1962); Anna Riedel, Kelsterbach (30. 8. 1962); Klaus Decher, Ober-Breidenbach (28. 8. 1962); Hannelore Schlimm, Ernstshofen (5. 9. 1962); Herbert Bode, Groß-Gerau (29. 8. 1962); Irene Hoffmann, Lampertheim (13. 9. 1962); Ilse Lorenz, Bensheim-Auerbach (8. 9. 1962); Bernhard Kropp, Hennenheim (17. 9. 1962); Lehrerin i. A. Dorothee Reichardt, Rimbach (7. 9. 62); apl. Lehrer(in) (BaW) Hildegard Popadiuk, Ober-Mörlen (21. 9. 62); Gisela Lokay, Bensheim (20. 9. 1962); apl. techn. Lehrerin (BaW) Frieda Nieth, Darmstadt (27. 9. 1962); die apl. Lehrer(in) (BaW) Jutta Hendel, Steinfurth (8. 8. 1962); Ursula Meuer, Gießen (13. 10. 1962); Lisa Büttner, Hainchen (9. 10. 1962); Otto Welters, Ruppertsburg (30. 8. 1962); Alfred Tak, Höchst (3. 9. 1962); apl. techn. Lehrerin (BaW) Ursula Bodenstein, Brauerschend (3. 8. 62); die apl. Lehrer(in) (BaW) Heinz Kühner, Glashütten (6. 9. 62); Dorothea Hofmann, Rüsselsheim (25. 9. 62); ehem. Lehrerin Ilse Lehmann, Radmühl (7. 10. 62); die apl. Lehrer(in) (BaW) Charlotte Raab, Langen (17. 10. 1962); Robert Ruhmann, Groß-Zimmern (16. 10. 1962); Ingeborg Dölla, Obertshausen (15. 10. 1962); Helmut Fürst, Neu-Isenburg (18. 10. 1962); Hannelore Greiner, Gießen-Wieseck (8. 10. 1962); Hannelore Braemer, Egelsbach (5. 10. 1962); Edith Wölz, Bürstadt (12. 9. 1962); Ingrid Rittner, Hahn (17. 10. 1962); apl. techn. Lehrerin (BaW) Elisabeth Becker, Eppertshausen (30. 10. 1962); die apl. Lehrer(in) (BaW) Maria Karst, Urberach (30. 10. 1962); Maria Götz, Groß-Zimmern

(30. 10. 1962); Lieselotte Schmidt, Groß-Gerau (8. 10. 1962); Heinz Kühner, Glashütten (6. 9. 1962); Robert Thürck, Lampertheim (8. 9. 1962); Gerda Hauße, Lauterbach (2. 11. 1962); Leonhard Rittau, Sprendlingen (5. 11. 1962); Herta Egner, Babenhausen (6. 11. 1962); Günther Ziesewitz, Lollar (18. 10. 1962); Heinz-Albrecht Caspar, Dst.-Arheilgen (5. 11. 1962); Aloys Lehmann, Hainstadt (14. 11. 1962); Rudolf Zeitz, Busenborn (21. 10. 1962); Annemarie Witzel, Dst.-Arheilgen (5. 11. 1962);

ernannt und berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Lehrerin i. A. Marianne Eisenhardt, Darmstadt (5. 6. 1962);
apl. Lehrer (BaW) Robert Stabenau, Windhausen (23. 8. 1962);
Lehrer i. A. Kurt Benndorf, Schuldorf, Bergstraße (4. 9. 1962);
Lehrer i. A. Karl Müller, Reichelsheim (29. 8. 1962);
Lehrerin i. A. Maria Dürauer, Butzbach (7. 8. 1962);
Lehrer i. A. Rudolf Held, Lampertheim-Hüttenfeld (13. 9. 1962);

ernannt

zum/zur Lehrer(in) (BaK)
die apl. Lehrer(in) (BaW) Franz Kruza, Darmstadt (27. 2. 1962); Heinz Lampe, Winterkasten (9. 5. 1962); Gerda Bohl, Bensheim-Zell (21. 4. 1962);
zum/zur Sonderschullehrer(in) (—) die Lehrer(in) Idith Ohly, Offenbach (16. 8. 1962); Alex Graminski, Kelsterbach (30. 7. 1962);

Rechtsstellung eines Beamten auf Lebenszeit ab 1. 4. 1962

die Lehrer a. K. Horst Hillgärtner, Langen (5. 7. 1962); Ilse Voßbeck, Darmstadt (5. 7. 1962); Waltraud Tatzel, Heldenbergen (5. 7. 1962); Rudi Völker, Dudenhofen (3. 7. 1962);
Hauptlehrer (a.K) Rolf Illert, Buchschlag (4. 7. 1962);
die Lehrer(in) (BaK) Inge Krüger, Heusenstamm (3. 7. 1962); Philipp Kimpel, Nieder-Wöllstadt (5. 7. 1962); Albrecht Krause, Ober-Rosbach (4. 7. 1962); Gertrud Krug, Mühlh.-Dietesheim (3. 7. 1962); Theodor Löffler, Okarben (5. 7. 1962);
Sonderschullehrerin (BaK) Elfriede Schnurchel, Bad Nauheim (9. 7. 1962);
Lehrerin (BaK) Charlotte Lotz, Hausen (20. 7. 1962);
die Lehrer(in) (BaK) Rudi Dörr, Klein-Karben (5. 7. 1962); Wilfried Schrötwieser, Dreieichenhain (19. 7. 1962); Reinhold Wutzkowsky, Pfungstadt (18. 7. 1962); Heinrich Knörzer, Mühlheim (13. 7. 1962); Lieselotte Jacob, Hainstadt (17. 7. 1962); Johann Thiel, Mühlheim (20. 7. 1962); Waltraud Heil, Friedberg (27. 7. 1962); Hans Schwinn, Bad Vilbel (15. 8. 1962); Günter Sohn, Langen (14. 8. 1962); Helga Koch, Mühlheim-Dietesheim (30. 7. 1962); Maria König, Steinfurth (30. 7. 1962);
Realschullehrer (BaK) Gottfried König, Friedberg (30. 7. 1962);
die Lehrer(in) (BaK) Susanne de Vries, Butzbach (14. 8. 1962); Dietrich Lindhoff, Hainhausen (26. 7. 1962); Johann Giebisch, Steinheim (24. 7. 1962); Leoni Remmele, Sprendlingen (16. 8. 1962); Hans Pfaff, Sprendlingen (16. 8. 1962); Erwin Heindel, Seligenstadt (20. 7. 1962); Walter Gantz, Ulfa (24. 8. 1962); Hildegard Schmidt, Offenbach (24. 8. 1962); Jürgen Mohr, Gießen (16. 8. 1962); Hans Preiß, Ulfa (16. 8. 1962); Rudolf Appel, Ilbenstadt (24. 8. 1962); Gerhard Klöcker, Hainstadt (10. 7. 1962); Idma Petriconi, Neu-Isenburg (31. 8. 1962); Willi Hoffmann, Langen (31. 8. 1962); Heribert Linn, Weiher (14. 10. 1962); Fritz Geiß, Nieder-Liebersbach (10. 10. 1962); Karlheinz Bitsch, Bürstadt (15. 10. 1962); Erika Schaad, Darmstadt (16. 10. 1962); Rolf Ott, Glatthach (14. 10. 1962); Ria Leißler, Darmstadt (9. 10. 1962); Norbert Michlich, Bürstadt (19. 10. 1962); Johannes Arnold, Aschbach (15. 10. 1962); Jutta Müller, Lampertheim (18. 10. 1962); Wilhelm Regnitz, Wald-Erlenbach (11. 10. 1962); Ingeborg Fleischhammer, Viernheim (17. 10. 1962); Rudolf Gajek, Fahrenbach (16. 10. 1962); Walter Fritz, Viernheim (16. 10. 1962); Karlheinz Christ, Viernheim (16. 10. 1962); Valerie Borowski, Biblis (19. 10. 1962); Oskar Steinmetz, Ob.-Mumbach (15. 10. 1962);
Realschull. Rotraud Schemm, Darmstadt (23. 10. 1962);

die Lehrer(in) Lottelore Schmadalla, Hofheim (15. 10. 1962); Heinrich Schuller, Lorsch (17. 10. 1962); Rudolf Sonder-sorge, Lampertheim (17. 10. 1962); Marlis Weihmann, Lampertheim (17. 10. 1962); Käthe Prosch, Reichenbach (19. 10. 1962); Werner Haas, Kirtorf (23. 10. 1962); Rudolf Prosch, Reichenbach (11. 10. 1962); Maria Holighaus, Groß-Gerau (14. 9. 1962); Wolfgang Schmidt, Bobstadt (19. 10. 1962); Paul Klumb, Hammelbach (14. 10. 1962); Hildegard Henrich, Fürth (20. 10. 1962); Johann Schäfer, Rommels-hausen (29. 10. 1962); Gertrud Häcker, Traisa (11. 10. 1962); Alfred Schmitt, Groß-Gerau (5. 10. 1962); Gudrun Teßmer, Neckarsteinach (25. 10. 1962); Gerty Paulin, Mör-lenbach (20. 10. 1962); Eleonore Schilder, Raunheim (18. 10. 1962); Karl Volp, Sellnrod (1. 11. 1962); Alois Kalt, Unter-waldmichelbach (20. 10. 1962); Roland Müller, Wernges (5. 9. 1962); Gottfried Höhn, Crainfeld (5. 9. 1962); Paul Wenk, Sickendorf (5. 9. 1962); Winfried Heß, Homberg (4. 9. 1962); Hans Bauer, Lanzenhain (5. 9. 1962); Eduard Diessl, Ulrichstein (5. 9. 1962); Heinrich Dittmar, Ober-gleen (4. 9. 1962); Edith Becker, Hungen (28. 8. 1962); Christoph Just, Echzell (31. 8. 1962); Rosemarie Graf, Darmstadt (5. 9. 1962); Hans Völzel, Gießen (7. 9. 1962); Karl Scheerer, Stockstadt (30. 8. 1962); Brigitte Schwarz, Biebesheim (30. 8. 1962); Georg Zapf, Schaaheim (11. 9. 1962); Dr. Ludwig Schwarz, Goddelau (28. 8. 1962); Klaus Schimpf, Walldorf (28. 8. 1962);

Realschull. Günther Wolny, Walldorf (28. 8. 1962);

die Lehrer(in) Gertraud Fuchser, Weiterstadt (5. 9. 1962); Margarete Schöning, Ober-Ramstadt (5. 9. 1962); Hans Aßmann, Michelau (23. 8. 1962); Elmar Donnhauser, Ep-pertshausen (12. 9. 1962); Edith Richter, Zwingenberg (10. 9. 1962); Georg Astheimer, Offenbach (18. 9. 1962); Erika Menke, Schuld., Bergstraße (9. 10. 1962); Richard Karl Hofmann, Kelsterbach (20. 9. 1962); Heimgfried Blum, Bü-dingen (8. 10. 1962); Rosa Ensinger, Michelstadt (4. 10. 1962); Lydia Schütz, Ober-Mörlen (9. 10. 1962); Maria Dussa, Rüsselsheim-Königst. (12. 9. 1962); Horst Schüppel, Güttersbach (12. 10. 1962); Reinhold Kling, Rödgen (11. 10. 1962); Liselotte Eckstein, Erbach (9. 10. 1962); Hedwig Hausmann, Trebur (19. 9. 1962); Josef Kruza, Darmst.-Eberstadt (9. 10. 1962); Dieter Haschker, Burgbracht (19. 9. 1962); Else v. Krezmar, Langstadt (9. 10. 1962); Lothar Uhe, Darmstadt (9. 10. 1962); Günter Rost, Darmstadt (9. 10. 1962);

Die Rechtsstellung eines Beamten auf Probe

techn. Lehrerin (BaK) Martha Pfeiffer, Södel (16. 8. 1962); die Lehrer(in) (BaK) Dieter Menge, Pfungstadt (15. 8. 1962); Margarete Bernhard, Wixhausen (15. 8. 1962); Luise Balasso, Mühlheim (20. 8. 1962); Heinz Bäßler, Steinheim (21. 8. 1962); Adam Knapp, Griesheim (15. 8. 1962); Horst Becker, Allendorf (16. 8. 1962); Hilde Gunesch, Mühlheim (20. 8. 1962); Kurt Stehmann, Griesheim (22. 8. 1962); Gün-ter Wieland, Bad Vilbel (22. 8. 1962); Dietlind Berndt, Friedberg (17. 8. 1962); Dorothea Böse, Büdingen (17. 8. 1962); Edith Baumann, Büdesheim (20. 8. 1962); Karl Herr-mann, Friedberg (17. 8. 1962); Günter Malinka, Großen-Linden (17. 8. 1962); Roland Stolz, Nieder-Weisel (17. 8. 1962); Edith Schneider, Offenbach (20. 8. 1962); Werner Ihrig, Nd.-Ramstadt (15. 8. 1962); Lieselotte Kühn, Geln-haar (17. 8. 1962); Hermann Neuesüß, Harheim (4. 7. 1962); Heinz Gelbert, Laubach (15. 8. 1962); Werner Wagner, Düdelsheim (22. 8. 1962); Doris Rehbaum, Saasen (22. 8. 1962); Maria Schorn, Lich (20. 8. 1962); Hermann Schulz, Offenbach (27. 8. 1962); Eberhard Reif, Ober-Mörlen (29. 8. 1962); Christine Stepan, Offenbach (27. 8. 1962);

techn. Lehrer(in) (BaK) Edith Teich, Offenbach (27. 8. 1962);

die Lehrer(in) Theresia Witt, Offenbach (28. 8. 1962); Inge Pohlreich, Heuchelheim (27. 8. 1962); Magdalena Hofmann, Mühlheim (24. 8. 1962); Martin Gohr, Wölfersheim (16. 8. 1962); Ursula Schröder, Inheiden (25. 8. 1962); Irmgard Morschutt, Saasen (25. 8. 1962); Helmut Repp, Beienheim (27. 8. 1962); Ludwig Meier, Münzenberg (24. 8. 1962); Brigitte Brenke, Friedberg (29. 8. 1962); Robert Zaszchel, Eichelsachsen (24. 8. 1962);

techn. Lehrer(in) (BaK) Gertraud Riefstahl, Dornheim (28. 8. 1962); Lieselotte Knoche, Watzelnb. Steinberg (30. 8. 1962); Franz Heimisch, Nieder-Florstadt (30. 8. 1962); Ingrid Hornung, Langen (31. 8. 1962); Maria Pelzl, Lumda (29. 8. 1962); Christian Freitag, Lich (25. 8. 1962); Günter Alt-mann, Neu-Isenburg (31. 8. 1962);

Die Rechtsstellung eines Beamten auf Probe ab 1. 4. 1962

die Lehrer(in) (BaK) Ernst Thasler, Lämmerspiel (30. 8. 1962); Karin Sochatzky, Ober-Ramstadt (24. 8. 1962); Wolf-gang Mücke, Okarben (24. 8. 1962); Konstantia Mroz, Hain-stadt (29. 8. 1962); Gerda Döpping, Freiensteinau (5. 9. 1962); Gisela Schulteiß, Reichelsheim (16. 8. 1962); Horst Schleese, Engelrod (5. 9. 1962); Maria Schwamborn, Gie-ßen (1. 9. 1962); Gerhard Brandl, Gießen (1. 9. 1962); Maria Korb, Gießen (7. 9. 1962); Ingeborg Vogelsang, Bie-besheim (30. 8. 1962); Bernhard Hübner, Nieder-Roden (11. 9. 1962); Walter Franz, Urberach (11. 9. 1962); Heinz Vogelsang, Biebesheim (30. 8. 1962); Werner Rückriem, Gernsheim (28. 8. 1962); Ruth Saußeke, Stockstadt (30. 8. 1962); Anna Schenk, Mörfelden (27. 8. 1962); Ursula Grün-berg, Ober-Seemen (7. 9. 1962); Ellen Lindner, Groß-Eichen (8. 9. 1962); Robert Geimer, Darmstadt (7. 9. 1962); Elisabeth Rössler, Messel (5. 9. 1962);

Sonderschull. (BaK) Friedrich Zimmer, Lauterbach (5. 9. 1962);

Realschull. (BaK) Bernhard Weise, Mörfelden (29. 8. 1962); techn. Lehrerin Maria Lodzik, Biebesheim (30. 8. 1962); die Lehrer(in) (BaK) Erich Mirz, Roßdorf (5. 9. 1962); Karlheinz Klocksin, Bannerod (12. 9. 1962); Hans Viemann, Kirtorf (11. 9. 1962); Gerhard Thurn, Hessenaue (30. 8. 1962); Irmgard Höpp, Dauernheim (25. 8. 1962); Wilhelmine Galter, Kaichen (27. 8. 1962); Ingrid Scheinost, Biebes-heim (30. 8. 1962); Gisela Erdmann, Langen (31. 8. 1962); Rudolf Schwab, Gießen (10. 8. 1962); Ruth-Eleonore Del-tau, Reinheim (28. 9. 1962); Gisela Goldammer, Schlitz (13. 9. 1962); Leopold Muck, Reinheim (28. 9. 1962); Ursula Schwarzien, Egelsbach (20. 9. 1962); Margarete Rheingans, Schuld., Bergstraße (28. 9. 1962); Jutta Schulze, Gießen (1. 10. 1962);

die Realschull. (BaK) Kurt Bolze, Darmstadt (27. 9. 1962); Alex Donnerhack, Groß-Gerau (25. 8. 1962); Franziska Dulog, Darmstadt (27. 9. 1962);

die Lehrer(in) (BaK) Dorothea Ohland, Michelstadt (4. 10. 1962); Elisabeth Richter, Darmstadt (8. 10. 1962); Christa Freudenberger, Rimhorn (9. 10. 1962);

Realschull. (BaK) Horst Otto Keßler, Mörfelden (27. 8. 1962);

die Lehrer(in) Liselotte Schattauer, Reichelsheim (5. 10. 1962); Christoph Seifert, Nieder-Kinzig (3. 10. 1962); Ger-trud Tschanhens, Hainstadt (10. 10. 1962); Hannelore Weick, Schuld., Bergstraße (8. 10. 1962); Anita Wendel, Schuld., Bergstraße (8. 10. 1962);

Realschull. (BaK) Lothar-Georg Gierschner, Schuld., Berg-straße (3. 10. 1962);

Lehrerin (BaK) Ursula Donnhauser, Dieburg (28. 9. 1962); Konrektor (BaK) Johannes Kroitzsch, Grünberg (28. 8. 1962); die Lehrer(in) (BaK) Ekkehard Hanschke, Rüsselsheim (21. 9. 1962); Hedwig Kistler, Darmstadt (27. 9. 1962); Ru-dolf Faেকে, Riedrode (18. 10. 1962); Anneliese Rüth, Ep-pertshausen (16. 10. 1962); Günter Zabel, Kailbach (19. 10. 1962); Werner Kirsch, Hofheim (15. 10. 1962); Otto Ebert, Lorsch (12. 10. 1962); Margarete Bock, Grein (13. 10. 1962); Johannes Barth, Lampertheim (7. 10. 1962); Dietrich Sa-der, Hirschhorn (3. 10. 1962); Erika Peters, Raibach (16. 10. 1962); Wilhelm Schwerdt, Heppenheim (12. 10. 1962); Adolf Gottwald, Lorsch (13. 10. 1962); Otto Hansetz, Ueberau (16. 10. 1962); Josef Staffa, Heppenheim (9. 10. 1962);

Realschull. (BaK) Germana Jahn, Heppenheim (15. 10. 1962); die Lehrer(in) (BaK) Charlotte Lorenz, Viernheim (16. 10. 1962); Walter Kretschmar, Reisen (15. 10. 1962); Herbert Kirsch, Bürstadt (15. 10. 1962); Norbert Held, Biblis (12. 10. 1962); Hans Schilling, Spachbrücken (15. 10. 1962); Günter Wolf, Harpertshausen (16. 10. 1962); Hans Schwartz, Ein-hausen (12. 10. 1962); Hildegard Wunder, Bürstadt (15. 10. 1962); Bernhard Schollmeier, Bürstadt (17. 10. 1962); Rolf Schmidt, Birkenau (15. 10. 1962); Herbert Noack, Trösel (10. 10. 1962); Elisabeth Habbe, Viernheim (22. 10. 1962); Marianne Becker, Heppenheim (18. 10. 1962); Helmut Becker, Ober-Laudenbach (23. 10. 1962); Karl Heinz Scholl, Hirschhorn (16. 10. 1962); Johannes Regenbogen, Hofheim (18. 10. 1962); Gerhard Scheinert, Lampertheim (20. 10. 1962); Anneliese Klein, Heppenheim (18. 10. 1962); Bert-hold Schmitt, Bensheim (20. 10. 1962); Marieluise Ade, Eppertshausen (14. 9. 1962); Erwin Kuhn, Friedberg (1. 11. 1962); Gertrud Tschanhens, Hainstadt (10. 10. 1962); Her-

bert Hartung, Weitengesäß (24. 10. 1962); Hannelore Bohl, Bensheim-Zell (12. 10. 1962); Kurt Reinhardt, Rüsselsheim (16. 10. 1962); Karl Heinz Lull, Rüsselsheim (8. 10. 1962); Marianne Callenberg, Rüsselsheim (22. 10. 1962); Carola Schneider, Rüsselsheim (16. 10. 1962); Georg Roßmann, Elmshausen (19. 10. 1962); Hans Richter, Babenhausen (2. 11. 1962); Dr. Werner Pfeifer, Hochstädten (20. 11. 1962); Wolfgang Stein, Bodenrod (2. 11. 1962);

zum/zur apl. Lehrer(in) (BaW) apl. Lehrer(in) i. befr. Beamtenverhältnis Vera Krause, Gießen-Kl. Linden (18. 6. 1962); Ernst-Ludwig Rau, Gießen-Kl. Linden (18. 6. 1962); Hubert Handwerk, Ober-Seibertenrod (10. 5. 1962); Erika Pokorny, Friedberg (18. 6. 1962); Eckehart Hamel, Bad Vilbel (26. 6. 1962); Heinrich May, Hambach (25. 4. 1962); Elisabeth Breuer, Offenthal (26. 6. 1962); Curt Lißel, Butzbach (18. 6. 1962); Ute Hinkel, Offenbach (3. 7. 1962); Brigitte Putze, Gernsheim (28. 6. 1962); Ute Knoche, Roßdorf (5. 7. 1962); Bärbel Schneider, Rodheim (5. 7. 1962); Helga Beutler, Heuchelheim (11. 7. 1962); Gerd Wege, Gießen (12. 7. 1962); Gisela Eisenmenger, Griesheim (17. 7. 1962); Klaus Pillawa, Gr.-Gerau (20. 7. 1962); Reinhard Schneider, Obbornhofen (19. 7. 1962); Edelgard Koyro, Offenbach (19. 7. 1962); Irmgard Mühlberger, Alten-Buseck (21. 7. 1962);

techn. L. i. A. Helene Streckfuß, Schotten (26. 6. 1962); Lehrer(in) i. A. Erich Schulze, Bauschheim (30. 6. 1962); Horst Malewski, Gr.-Umstadt (11. 5. 1962); Gudrun Petermann, Babenhausen (30. 4. 1962);

die apl. Lehrer(in) (BaW) Ernst Bach, Friedberg (31. 7. 1962); Edith Feiling, Friedberg (31. 7. 1962); Herbert Kröll, Wölfersheim (2. 8. 1962);

die apl. Lehrer(in) i. befr. Beamtenverhältnis Gertrud Grube, Ober-Erlenbach (5. 7. 1962); Hermann Truffel, Zellhausen (1. 8. 1962); Margret Pfannstiel, Köddingen (24. 7. 1962); Friedrich May, Bad Nauheim (25. 7. 1962); Adelheid Heß, Gießen (28. 7. 1962); Hansgeorg Stetzer, Ober-Rosbach (6. 8. 1962); Else Hoffmann, Groß-Karben (14. 8. 1962); Wolfgang Eichner, Offenbach (20. 7. 1962); Margit Ott, Gießen (13. 8. 1962); Bärbel Plock, Steinbach (25. 7. 1962); Christa Schnetter, Großen-Buseck (26. 7. 1962); Artur Windel, Gedern (28. 2. 1962); Anna Steinbach, Lang-Göns (25. 7. 1962);

die apl. Lehrer(in) i. A. Rosemarie Schulze, Rüsselsheim (18. 6. 1962); Else Kohlmann, Schaafheim (3. 5. 1962); die apl. Lehrer(in) i. befr. Beamtenverhältnis Edith Feiling, Friedberg (31. 7. 1962); Wilhelmine Lotz, Jügesheim (14. 8. 1962); Hannelore Kreuzer, Dieburg (17. 8. 1962); Gerhard Lorenz, Nieder-Roden (17. 8. 1962); Herbert Greb, Schlitz (16. 8. 1962); Marlis Groß, Nieder-Roden (17. 8. 1962); Günther Hallek, Grube Messel (17. 8. 1962); Werner Dechert, Lauterbach (16. 8. 1962); Hedwig Eckstein, Sprendlingen (16. 8. 1962); Udo Heiß, Lauterbach (16. 8. 1962);

die Lehrer(in) i. A. Berta Hebermehl, Ermenrod (15. 7. 1962); Erni Kersten, Butzbach (16. 8. 1962);

techn. Lehrerin i. A. Helene Lipensky, Griesheim (20. 8. 1962);

die apl. Lehrer(in) i. befr. Beamtenverhältnis Waltraud Kraus, Seligenstadt (20. 7. 1962); Gerlind Keil, Bad Vilbel (16. 8. 1962); Alice Herzberger, Gießen (16. 8. 1962); Ingrid Hauerwas, Offenbach (16. 8. 1962); Karl Weber, Obertshausen (21. 8. 1962); Dorothea Gerschlaue, Lich (6. 8. 1962); Klaus Lachmann, Schneppenhausen (22. 8. 1962); Adolf Schuster, Lauterbach (23. 8. 1962); Heinrich Rieth, Jügesheim (21. 8. 1962); Brigitte Schneider, Ruppertenrod (16. 8. 1962); Ingrid Hexel, Griesheim (15. 8. 1962); Olga Kayser, Kl.-Krotzenburg (21. 8. 1962); Gerhard Alker, Eczell (17. 8. 1962); Wilhelm Schwinn, Brandau (22. 8. 1962); Hans Grube, Ober-Eschbach (5. 7. 1962); Heinrich Zimmer, Ober-Ramstadt (22. 8. 1962); Sieglinde Zienau, Offenbach (17. 8. 1962);

die Lehrer(in) i. A. Rudolf Wiedemann, Pfungstadt (18. 8. 1962); Christa Wiedemann, Alsbach (15. 8. 1962);

die apl. Lehrer(in) i. befr. Beamtenverhältnis Ernst Rahn, Hausen (15. 8. 1962); Heinz Bechtold, Breungeshain (17. 8. 1962); Adelheid Walther, Mümling-Crumbach (22. 8. 1962); Dorith Mück, Büdingen (17. 8. 1962); Helmtrud Paulus, Seligenstadt (28. 8. 1962); Anita Scheutzw, Darmstadt (15. 8. 1962); Hildegard Hodes, Offenbach (27. 8. 1962); Irmtrud Fischer, Darmstadt (16. 8. 1962);

Lehrerin i. A. Gisela Sprenger, Schwabenrod (23. 8. 1962); die apl. Lehrer(in) (BaW) Erika Gravenhorst, Steinheim

(24. 8. 1962); Erhard Schepp, Grünberg (22. 8. 1962); Karl-Heinz Enders, Dudenhofen (29. 8. 1962); Hannelore Führer, Crumstadt (27. 8. 1962); Erika Teichmüller, Groß-Felda (23. 8. 1962);

Lehrerin i. A. Helene Hartmann, Dudenhofen (23. 8. 1962); die apl. Lehrer(in) (BaW) Wolfgang Diehl, Bad Vilbel (31. 8. 1962); Herta Ziegler, Ranstadt (24. 8. 1962); Peter Machemer, Sandbach (28. 8. 1962); Eva Winkelmann, Dietzenbach (28. 8. 1962); Gisela Magsam, Erbach (23. 8. 1962); Christina Roßkopf, Jügesheim (31. 8. 1962); Ursula Schwinn, Sandbach (28. 8. 1962); Renate Schäfer, Reiskirchen (28. 8. 1962); Edeltraut Grix, Kl.-Krotzenburg (31. 8. 1962); Margrit Gade, Dudenhofen (31. 8. 1962); Willi Frieß, Froschhausen (31. 8. 1962); Wolfgang Brandl, Langen (31. 8. 1962); Edith Gottwald, Sprendlingen (28. 8. 1962); Heide Lenz, Darmstadt (16. 8. 1962);

Lehrerin i. A. Dorothea Ruschke, Hainhausen (31. 7. 1962); die apl. Lehrer(in) i. befr. Beamtenverhältnis Brigitte Bartels, Gießen (27. 8. 1962); Gerda Ide, Strebendorf (24. 8. 1962); Gisela Lotz, Sprendlingen (31. 8. 1962); Ilse Hedderich, Sprendlingen (31. 8. 1962); Ilse Seibert, Beienheim (31. 8. 1962); Anneliese Wägner, Ober-Beerbach (29. 8. 1962); Ursula Wurm, Neu-Isenburg (31. 8. 1962); Ingrid Wulfes, Jügesheim (31. 8. 1962); Erika Zinßer, Froschhausen (31. 8. 1962); Ellen Tietze, Langen (31. 8. 1962); Inge Börger, Lich (25. 8. 1962); Renate Arndt, Rommelhausen (6. 9. 1962); Rudolf Mehl, Nösberts-Weidmoos (5. 9. 1962); Hedwig Volk, Gießen (28. 8. 1962); Hermine Kraus, Kl.-Krotzenburg (4. 9. 1962); Heinrich Müller, Wallbach (3. 9. 1962); Heide Deitrich, Bad König (3. 9. 1962); Wilma Göbel, Weiskirchen (3. 9. 1962); Bärbel Warstat, Messel (31. 8. 1962); Marie Rudolph, Kimbach (31. 8. 1962); Wolfgang Schmucker, Michelstadt (3. 9. 1962);

zum/zur apl. Lehrer(in) (BaW) die apl. Lehrer(in) im befr. Beamtenverhältnis Hans-Jörg Steiger, Usenborn (6. 9. 1962); Wolfgang Dörmer, Gießen-Wieseck (29. 8. 1962); Marianne Axt, Darmstadt (7. 9. 1962); Helga Brunnengräber, Heppenheim (1. 9. 1962); Elisabeth Horn, Darmstadt (7. 9. 1962); Norbert Hofmeyer, Nieder-Kinzig (4. 9. 1962); Erika Philipp, Leihgestern (5. 9. 1962); Hans Jörg Stetzer, Ober-Rosbach (4. 9. 1962); Wilhelm Grünewald, Gießen (7. 9. 1962);

die Lehrer(in) i. A. Ebba Schlotthäuser, Butzbach (1. 9. 1962); Werner Rybarczyk, Nieder-Eschbach (7. 8. 1962); Helmut Grimmer, Kirch-Beerfurth (10. 9. 1962);

die apl. Lehrer(in) i. befr. Beamtenverhältnis Hilde Paulschka, Hofheim (4. 9. 1962); Sigrid Meier, Darmstadt (6. 9. 1962); Gisela Meinhardt, Darmstadt (6. 9. 1962); Elfriede Richter, Darmstadt (6. 9. 1962); Hans Meyer, Gedern (6. 9. 1962); Harald Werwatz, Hergershausen (6. 9. 1962); Gerta Wirk, Steinheim (8. 9. 1962); Hans Gamperl, Darmstadt (7. 9. 1962); Ingrid Schrott, Ober-Roden (11. 9. 1962); Irmtraud Riemann, Erfelden (28. 8. 1962); Ilse Hofmann, Schlierbach (11. 9. 1962); Katharina Vock, Nieder-Roden (11. 9. 1962); Gudrun Winter, Kleestadt (11. 9. 1962); Willi Knipp, Kelsterbach (31. 8. 1962); Roswitha Keysser, Neustadt (13. 9. 1962); Ilse Schmauß, Höchst (7. 9. 1962); Hans Girmscheid, Walldorf (28. 8. 1962); Karin Gilbert, Nauheim (28. 8. 1962); Hannelore Münch, Pfungstadt (5. 9. 1962); Bärbel Meiss, Walldorf (28. 8. 1962); Walter Hartmann, Unter-Mossau (13. 9. 1962); Horst Kartschoke, Altheim (11. 9. 1962); Kurt Germann, Darmstadt (7. 9. 1962); Isolde Frisch, Rothenberg (12. 9. 1962); Christa Reiske, Stockstadt (30. 8. 1962); Sigrid Mehl, Gernsheim (28. 8. 1962); Renate Hahn, Wolfskehlen (28. 8. 1962); Elisabeth Hach, Münster (11. 9. 1962); Jutta Boden, Roßdorf (5. 9. 1962);

Lehrer i. A. Alfred Lingstein, Friedberg (11. 9. 1962);

die apl. Lehrer(in) im befr. Beamtenverh. Irmgard Nietzer, Lorsch (14. 9. 1962); Erika Nolde, Birkenau (8. 9. 1962); Maria Pitzal, Aschbach (12. 9. 1962); Jürgen Guttandin, Lich (12. 9. 1962); Mechthild Bauer, Walldorf (28. 8. 1962); Werner Breitwieser, Reichelsheim (13. 9. 1962); Julius Eberl, Daubringen (7. 9. 1962); Ursula Weiß, Bensheim (8. 9. 1962); Annerose Hoffmann, Leidhecken (11. 9. 1962); Erika Zindahl, Groß-Bieberau (12. 9. 1962); Eberhard Räuber, Darmstadt (18. 9. 1962); Teresita Emese, Viernheim (17. 9. 1962); Marianne Drayß, Bürstadt (14. 9. 1962); Anita Jäger, Lampertheim (8. 9. 1962); Wilfried Melchior, Hitzkirchen (19. 9. 1962); Gisela Scheiber, Lampertheim

(7. 9. 1962); Karen Hering, Klein-Umstadt (11. 9. 1962); Waltraud Ramke, Rimbach (7. 9. 1962); Kurt Zerhau, Lorsch (13. 9. 1962); Hannelore Schneller, Bürstadt (13. 9. 1962); Herbert Reis, Bürstadt (15. 9. 1962); Renate Schärpf, Hirschhorn (20. 9. 1962); Elisabeth Weis, Mörlenbach (15. 9. 1962); Berta Maria Wilbert, Beltershain (11. 9. 1962); Heide Pesara, Lampertheim (20. 9. 1962);

die Lehrerin i. A. Ilse Eberhard, Heppenheim (17. 9. 1962); Elisabeth Wallis, Watzenborn-Steinb. (19. 7. 1962); die apl. Lehrer(in) im befr. Beamtenverh. Käthe Pitzal, Wald Michelbach (19. 9. 1962); Marianne Sommer, Gießen (28. 8. 1962); Elisabeth Kalt, Lampertheim (19. 9. 1962); Karl Voß, Schuldorf, Bergstr. (26. 9. 1962); Hans-Dieter Weißmüller, Ilbeshausen (26. 9. 1962); Ingeborg Peter, Bischofsheim (30. 8. 1962); Karin Beuckert, Pfungstadt (5. 9. 1962); Erika Überle, Biblis (11. 9. 1962); Gerda Brinkmann, Offenbach/Main (12. 10. 1962); die Lehrerin i. A. Gonhild Weger, Großen-Linden (11. 7. 1962); Klara Weißborn, Rendel (5. 9. 1962);

apl. techn. Lehrerin im befr. Beamtenverhältnis Ingeborg Schwital, Offenbach/Main (13. 9. 1962);

die apl. Lehrer(in) im befr. Beamtenverhältnis Johannes Stoschek, Biblis (28. 5. 1962); Klaus Schütz, Dst.-Arheilgen (27. 9. 1962); Rita Sinner, Raunheim (18. 9. 1962); Manfred Wildhof, Krumbach (19. 9. 1962); Fritz Werner Hoffmann, Darmstadt (27. 9. 1962); Wilhelm Gromes, Darmstadt (27. 9. 1962); Gisa Enders, Münster (1. 10. 1962); Manfred Müller, Kelsterbach (20. 9. 1962); Gertrud Trost, Gießen (9. 10. 1962); Karin Bull, Mörfelden (17. 9. 1962); Klaus-Jürgen Dennig, Biebesheim (18. 9. 1962); Ingeborg Bauer, Rüsselsheim (21. 9. 1962); Else Böckner, Offenbach/Main (9. 10. 1962); Dieter Graf, Rüsselsheim (19. 9. 1962); Dorothea Börsch, Kelsterbach (22. 9. 1962); Helga Asbrand, Rüsselsheim-Königst. (19. 9. 1962); Eva-Maria Kleinschmidt, Bischofsheim (30. 8. 1962);

Lehrerin i. A. Gisela Marczinowski, Groß-Gerau (8. 10. 1962); Alfons Pfeiffer, Jügesheim (9. 10. 1962);

die apl. Lehrer(in) im befr. Beamtenverh. Hans Blaurock, Griesheim (17. 10. 1962); Irmtraud Koke, Lampertheim (14. 10. 1962); Werner Kölsche, Darmstadt (11. 10. 1962); Marianne Böhm, Münster (17. 10. 1962); Heinz Sellner, Schadenbach (15. 10. 1962); Hannelore Swoboda, Offenbach (17. 10. 1962); Margret Fritz, Ober-Wegfurth (16. 10. 1962); Tilo Pfeifer, Volkartshain (10. 10. 1962); Heide Hechler, Lorsch (10. 10. 1962); Georg Schäfer, Stordorf (19. 10. 1962); Helga Grein, Pfungstadt (17. 10. 1962); Josef Eckstein, Offenbach (9. 10. 1962); Gerheid Schüßler, Fehlheim (8. 10. 1962); Ursula Oppermann, Fauerbach (9. 10. 62); Siegfried Meiling, Nd.-Roden (1. 10. 1962); Helmut Rehm, Offenbach (17. 10. 1962); Dieter Knapp, Breungeshain (18. 10. 1962); Werner Mocek, Dst.-Eberstadt (18. 10. 1962); Karlheinz Franz, Büdingen (18. 10. 1962); Gisela Berg, Mörlenbach (15. 10. 1962); Kurt Goldschmidt, Lützelbach (11. 10. 1962); Rotraut Fernandez-Pola Conde, Kaichen (11. 10. 1962); Erika Huslik, Pohl-Göns (24. 10. 1962); Elisabeth Röder, Winterkasten (14. 10. 1962); Fritz Schember, Bobenhausen (19. 10. 1962); Monika Reusse, Offenbach (22. 10. 1962); Christina Wanschura, Düdelsheim (29. 10. 1962); Hans Göbel, Erbach (30. 10. 1962); Horst Walther, Wald Michelbach (29. 9. 1962); Doris Weißbecher, Ober-Mörlen (25. 10. 1962); Norbert Brommer, Zeppelinheim (23. 10. 1962);

Lehrerin i. A. Renate Becker, Rodheim (30. 10. 1962); Anna Opitz, Schaaheim (11. 9. 1962);

die apl. Lehrer(in) im befr. Beamtenverh. Isolde Karnasch, Wölfersheim (27. 10. 1962); Hildegard Schwemmler, Gießen (29. 10. 1962); Erika Mörchen, Offenbach (2. 11. 1962); Willi Ruppert, Raunheim (12. 10. 1962); Rosemarie Rock, Gustavsburg (2. 11. 1962); Wolfgang Ripper, Rüsselsheim (22. 10. 1962); Günter Siebert, Allmenfeld (20. 10. 1962); Alfred Pietsch, Rüsselsheim (24. 10. 1962); Kurt Lind, Gustavsburg (25. 10. 1962); Maria Hörstel, Rü.-Haßloch (24. 10. 1962); Helmut Freund, Groß-Gerau (25. 10. 1962); Heinz Kienz, Ginsheim (11. 10. 1962); Karl Lippert, Ockstadt (2. 11. 1962); Peter Bromm, Saasen (8. 11. 1962); Hans Hebeisen, Treis/Lda. (30. 10. 1962); Ilse Eigenbrodt, Rüsselsheim (16. 10. 1962); Hannelore Andres, Kelsterbach (11. 10. 1962); Gabriele Polten, Zwingenberg (3. 11. 1962); Bärbel Wehrheim, Offenbach (31. 10. 1962); Fritz Bley, Walldorf (26. 10. 1962); Volkmar Schröder, Bischofsheim (20. 9. 1962);

Lehrerin i. A. Gerda Dietrich, Reichelsheim (17. 10. 1962); Lieselotte Ramm, Rü.-Haßloch (5. 11. 1962);

die apl. Lehrer(in) im befr. Beamtenverh. Helene Heß, Braunshardt (31. 10. 1962); Ludwig Bungert, Kl.-Welzheim (14. 11. 1962); Manfred Rütten, Mainflingen (3. 11. 1962); Helga Schröder, Rü.-Haßloch (25. 10. 1962); Alfred Keller, Rüsselsheim (15. 10. 1962); Maria Koch, Harheim (9. 10. 1962); Gisela Cyrus, Offenbach (2. 11. 1962); Adelheid Mattheß, Darmstadt (13. 11. 1962); Benno Popadiuk, Rödgen-Wisselsheim (15. 11. 1962); Amalie Mohr, Bürstadt (3. 11. 1962);

zum Volks- und Realschulkonrektor die Realschullehrer(in) Peter Schön, Offenbach (8. 6. 1962); Rudolf Heppner, Mühlheim (7. 5. 1962); Margarete Stache, Steinheim (22. 6. 1962);

Konrektor Horst Schubert, Gedern (25. 7. 1962);

zum Oberregierungs-Schulrat Schulrat Heinrich Sehnert, Seeheim (28. 8. 1962);

zum Rektor Lehrer (BaL) Johannes Tenhat, Biblis (27. 6. 1962); Hauptlehrer Josef Hermann, Zellhausen (20. 9. 1962); Realschull. Ernst-August Ziegenberg, Wald Michelbach (22. 10. 1962);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe

die Lehrer(in) Elfrieda Reschabek, Bad Vilbel (22. 8. 1962); Kurt Fey, Messel (12. 9. 1962); Gertrud Blochwitz, Butzbach (22. 8. 1962); Gerlinde Jaklitsch, Schaaheim (11. 10. 1962);

techn. Lehrerin (BaW) Clara Jülich, Darmstadt (8. 10. 1962);

apl. Lehrer Hugo Wölz, Fürth O. (7. 9. 1962);

die Lehrer(in) Lieselotte Keßler, Friedberg (16. 10. 1962); Hertha Hahn, Urberach (16. 10. 1962); Konrad Klemm, Dieburg (16. 10. 1962);

apl. Lehrer Otto Merz, Rodau (16. 10. 1962);

Realschull. Erika Schilling, Reinheim (23. 10. 1962);

die Lehrer(in) Elisabeth Bernshausen, Borsdorf (29. 10. 1962); Erika Dudel, Rüsselsheim (16. 10. 1962);

die Realschull. Irmela v. Baross, Kelsterbach (11. 10. 1962); Maria Geilenkirchen, Rüsselsheim (15. 10. 1962);

Lehrerin (BaW) Katharina Dietrich, Bad Vilbel (22. 8. 1962);

Lehrer (BaW) Karl Trötsch, Butzbach (23. 8. 1962);

entlassen

Lehrerin (BaP) Karin Sochatzky, Nieder-Modau (31. 8. 1962);

apl. Realschull. Maria-Elisabeth Fuchs, Homberg (30. 9. 1962) die apl. Lehrer(in) Helga Mattheß Biblis (31. 8. 1962); Rose Marie Schenemann, Walldorf (30. 9. 1962); Luzia Mika, Offenbach (30. 9. 1962);

Lehrerin (BaP) Ingeborg Maraun, Heuchelheim (22. 9. 1962);

apl. Lehrerin Christine Backof, Reinheim (30. 9. 1962); Rektor als Leiter einer Sondersch. Hans Romin, Friedberg (30. 9. 1962);

die apl. Lehrer(in) Alfred Steffan, Gustavsburg (30. 9. 1962); Ursula Ganßauge, Goddelau (31. 8. 1962);

Sonderschullehrerin (BaL) Margarete Eitel, Offenbach (8. 10. 1962);

Lehrer Erich Berka, Stammheim (30. 9. 1962);

apl. Lehrerin (BaW) Anke Kanter, Griesheim (31. 10. 1962);

Lehrerin (BaP) Marielouise Ade, Eppertshausen (15. 9. 1962);

die Lehrer(in) Ingeborg Willim, Offenbach (30. 9. 1962); Ernst Wolff, Büßfeld (31. 10. 1962); Maria Holighaus, Groß-Gerau (30. 9. 1962); Else Müller, Reinheim (31. 10. 1962); Bernharda Jungbauer, Offenbach (30. 9. 1962);

apl. Lehrerin Doris Nichtweiß, Jügesheim (30. 11. 1962);

die apl. Lehrer(in) (BaW) Karin Deppisch, Wolfskehlen (30. 6. 1962); Dorothea Hering, Griesheim (31. 7. 1962); Emma Keßler, Mörfelden (15. 6. 1962);

Lehrerin (BaK) Gudrun Reutzel, Gernsheim (31. 7. 1962);

die apl. Lehrer(in) (BaW) Rudolf Schuchmann, Dornheim (31. 7. 1962); Antje Grebing, Kelsterbach (31. 7. 1962);

die apl. Realschullehrerin (BaW) Irene Schäfer, Gießen-Wieseck (31. 8. 1962);

Der Regierungspräsident

II/1 — 7 1 08 (1)

StAnz. I/1963 S. 12

33 DARMSTADT**Regierungspräsidenten****Regelung der örtlichen Zuständigkeit zur Verkehrsüberwachung und Verkehrsunfallsachbearbeitung auf den in den Gemarkungen Bischofsheim und Gustavsburg—Ginsheim gelegenen Teilen des Süd-Main-Schnellweges**

Auf Grund des § 45 Abs. 3 des Hessischen Polizeigesetzes vom 10. 11. 1954 (GVBl. S. 203) wird die Zuständigkeit zur Verkehrsüberwachung und Verkehrsunfallsachbearbeitung auf den in den Gemarkungen Bischofsheim und Gustavsburg—Ginsheim gelegenen Streckenabschnitten des Süd-Main-Schnellweges dem Landrat des Landkreises Groß-Gerau übertragen.

Diese Anordnung tritt an dem der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen folgenden Tag in Kraft.
Darmstadt, 7. 12. 1962

Der Regierungspräsident

I/3 — 21 b 04

StAnz. 1/1963 S. 17

34**Ungültigkeitserklärung eines Ausweises über die Anerkennung als Krankenschwester**

Die Krankenschwester Eva Orłowski geb. Fleischer, geboren am 16. 10. 1922 in Königsberg/Pr., hat glaubhaft versichert, daß ihr der im Jahre 1943 von dem Regierungspräsidenten in Königsberg/Pr. ausgestellte Ausweis über die Anerkennung als Krankenschwester verlorengegangen ist. Dieser Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte der für ungültig erklärte Ausweis oder davon gefertigte Abschriften oder Ablichtungen vorgelegt werden, so bitte ich, diese Urkunden einzuziehen und mir zu übersenden.

Ich habe Frau Orłowski am 22. November 1962 eine Ersatzurkunde ausgestellt.

Darmstadt, 22. 11. 1962

Der Regierungspräsident

I/6 — 18 b 20/01

StAnz. 1/1963 S. 17

35 KASSEL**Bekanntmachung betr. die Auslegung der Landschaftsschutzkarte und des Entwurfs einer Landschaftsschutzverordnung für den Naturpark Meißner — Kaufunger Wald.**

Auf Grund der §§ 5 und 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) in der Fassung des Dritten Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) sowie des § 13 der Durchführungsverordnung vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) in der Fassung der Ergänzungsverordnung vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. S. 159) beabsichtige ich, Landschaftsteile im Bereich der Landkreise Eschwege, Kassel, Melsungen und Witzenhausen durch eine Verordnung dem Schutze des Reichsnaturschutzgesetzes zu unterstellen.

Die Landschaftsschutzkarte, aus der die zur Unterschutzstellung vorgesehenen Landschaftsteile zu ersehen sind, sowie der Entwurf der Landschaftsschutzverordnung liegen vom 17. Januar 1963 ab 14 Tage lang in meinem Dienstgebäude, in Kassel, Steinweg 6, Zimmer 707, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Die Bekanntmachung erfolgt mit dem Hinweis, daß gegen die Unterschutzstellung der aus der Landschaftsschutzkarte ersichtlichen Landschaftsteile bis zum Ablauf der Auslegungsfrist Einspruch bei mir eingelegt werden kann.

Kassel, 7. 12. 1962

**Der Regierungspräsident
als höhere Naturschutzbehörde**
III/3a — Az. 46 b

StAnz. 1/1963 S. 17

36**Verlust eines Zulassungsscheines**

Der Segelflugzeug-Eintragungs- und Zulassungsschein mit dem amtlichen Kennzeichen D — 4393 für das Segelflugzeug 216, K 8 B Werknummer 8003, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt. Zweitschrift wird ausgestellt.

Kassel, 14. 12. 1962

Der Regierungspräsident

I/3 Az. 66 m — 04/02

StAnz. 1/1963 S. 17

Hessischer Verwaltungsschulverband**37****Neue Lehrgänge am Verwaltungsseminar Wiesbaden des Hessischen Verwaltungsschulverbandes**

Das Verwaltungsseminar Wiesbaden richtet im April 1963 in Wiesbaden und Gießen

Ausbildungslehrgänge II
Ausbildungslehrgänge I und
Lehrgänge für Dienstanfänger
und Verwaltungslehrlinge

ein. Wir verweisen wegen der Zulassungsbedingungen auf § 4 der Schulordnung (Staatsanzeiger 1961, Seite 79).

Anmeldungen sind an das Verwaltungsseminar Wiesbaden, Steubenstraße 11, zu richten. Vordrucke für Zulassungsanträge können dort angefordert werden.

Wiesbaden, 14. 12. 1962

Hessischer Verwaltungsschulverband
Bezirksleitung Wiesbaden

StAnz. 1/1963 S. 17

Buchbesprechungen

Sozialversicherungsgesetze, herausgegeben von J. Eckert. Rentenversicherung der Arbeiter, 6. Ergänzungslieferung, 12,80 DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Auch diese Ergänzungslieferung (s. zuletzt StAnz. 1962 S. 622) bringt wieder viele Nachtragsblätter. Dadurch sind die neuen Bestimmungen überall in diesem Band des Sammelwerkes berücksichtigt worden (s. S. 83, 293 bis 294 d sowie die Übersicht auf S. 83, 2a bis c mit dem Abdruck der dort genannten Vorschriften auf Seite 83, 368 bis 368 g und 83, 421 bis 486). Dem Abdruck dieser Bestimmungen sind bereits Hinweise und — soweit vorhanden — die amtliche Begründung beigelegt.

Auch einige weitere Urteile sind eingearbeitet worden (S. 82, 46 b und c).

Vor allem ist der Komplex der 4. Rentenanpassung berücksichtigt. Die Gesetzgebung zur Handwerkerversicherung ist eingebaut, dem Werk daher ein Teil 3 b (S. 83 b 1 bis 98) eingefügt. In ihm findet man neben dem Text der Vorschriften wie sonst eingehende Vorbemerkungen, Hinweise und die Gesetzgebungsmaterialien, insbesondere den Schriftlichen Bericht des Bundestagsausschusses.

Damit ist das Werk in seiner erstaunlichen Vollständigkeit auf dem neuesten Stand. Oberregierungsrat Dr. Reuß

Die hier besprochenen Bücher können durch den Verlag Kultur und Wissen GmbH, Abt. Buchvertrieb, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11A, zu Originalpreisen bezogen werden.

1963

Montag, den 7. Januar 1963

Nr. 1

Veröffentlichungen

1

Teilweise Einziehung eines öffentlichen Weges in der Gemarkung Birkenbringhausen

Der öffentliche Weg, Gemarkung Birkenbringhausen, Flur 4, Flurstück 158/1, soll an der Einmündung in die Kreisstraße Parz. 155, ca. 40 m lang eingezogen werden.

Eine Abzeichnung aus der Flurkarte, aus der die Lage des einzuziehenden Weges ersichtlich ist, liegt im Bürgermeisteramt Birkenbringhausen aus.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 wird das Vorhaben mit der Aufforderung bekanntgegeben, Einsprüche binnen vier Wochen, vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, bei dem unterzeichneten Gemeindevorstand geltend zu machen.

Birkenbringhausen, 20. 12. 1962

Der Gemeindevorstand

2

Bekanntmachung

Die Firma Chemische Fabrik Hess, Lichtenau GmbH, Werk Kassel, Leipziger Straße 363—365, beabsichtigt die Errichtung eines Fabrikneubaues in Kassel-B., Gemarkung Kassel-Bettenhausen, Flur 16, Flurstück 115/24, zur Herstellung von 1. Dextrose-Erzeugnissen, 2. Süßstoff-Erzeugnissen, 3. Tier-Arzneimitteln.

Die Errichtung dieser Anlage bedarf nach § 16 Gewerbeordnung der behördlichen Genehmigung.

Gemäß § 17 Abs. 2 Gewerbeordnung wird die beabsichtigte Errichtung der Anlage hiermit öffentlich bekanntgemacht mit dem Hinweis, daß etwaige Einwendungen hiergegen, die zu begründen sind, innerhalb von 14 Tagen — vom Tage der Bekanntmachung — beim Ordnungsamt der Stadt Kassel, Polizeiverwaltungsgebäude, Altmarkt 1, Zimmer 304, schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden können.

Zeichnungen und Pläne liegen hier zur Einsichtnahme aus.

Nach Ablauf der Offenlegungsfrist können Einwendungen nicht mehr berücksichtigt werden.

Kassel, 14. 12. 1962

Ordnungsamt der Stadt Kassel

3

Aufhebung eines Teilweges in der Gemarkung Oberbiel

Von dem Feldweg der Gemarkung Oberbiel, Flur 5, Flurstück 148/1, „An der Hölle“, 2,17 Ar, soll der im Bereich des Bebauungsplanes im Baugebiet liegende Wegeteil eingezogen und an die Anlieger verkauft werden. Die Flurkarte und der Bebauungsplan, aus denen die Lage des einzuziehenden Wegeteilstücks ersichtlich ist, liegen im Bürgermeisteramt zur Einsicht offen.

Gemäß § 57 des Preußischen Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 (GS. S. 257) wird das Vorhaben mit der Aufforderung bekanntgegeben, Einsprüche binnen vier Wochen, vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, bei der unterzeichneten Offenlegungsstelle geltend zu machen.

Oberbiel (Krs. Wetzlar), 18. 12. 1962

Der Gemeindevorstand

4

Einziehung eines Feldweges in der Gemarkung Weilburg, Flur 6, Flurstück Nr. 586/4

Die Stadtgemeinde Weilburg beabsichtigt, den Feldweg in Weilburg, Flur 6, Flurstück Nr. 586/4 in einer Größe von 0,1577 ha einzuziehen. Dieses Flurstück wird zum Bauland des neuen Gymnasiums in Weilburg zugeschlagen. Ein Ersatzfeldweg ist bereits ausgewiesen.

Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 (Preuß. GS. S. 257) wird dieses Vorhaben hiermit veröffentlicht mit der Aufforderung, etwaige Widersprüche bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb vier Wochen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten geltend zu machen.

Weilburg, 19. 12. 1962

Der Magistrat

Gerichtsangelegenheiten

5

Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten

P 221/1: Herrn Walter Pässler in Wiesbaden, Nerotal 15, habe ich die Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 — RGBl. I S. 1478 — für Wiesbaden, beschränkt auf das Sachgebiet der Gesetzgebung betreffend Flüchtlinge und Vertriebene und unter Ausschluß jeglicher Tätigkeit auf dem Gebiete der gesetzlichen Rentenversicherung, erteilt.

Wiesbaden, 20. 12. 1962

Der Landgerichtspräsident

6

Aufgebote

5 F 11-13/62 — **Aufgebot:** 1. Ansgar Hermann, Hörbach (Dillkr.), Herborner Str. 133, 2. Martha Schneider geb. Hermann, Hirzenhain (Dillkr.), Hofstr. 4 und 3. Ilse Baum geb. Hermann, Hirzenhain (Dillkr.), Segelfliegerhang 5, haben das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers der im Grundbuch von Hirzenhain, Band III, Blatt 106, eingetragenen Grundstücke: zu 1: Kartenblatt 15, Parzelle 152, Ackerland, An der Sannheeg, 4. Gew., 7,98 Ar, zu 2: Kartenblatt 6, Parzelle 417, Grünland (Obstb.), Unterm Loh, 1. Gew., 1,20 Ar und zu 3: der im Grundbuch von Hirzenhain, Band 19, Blatt 721, eingetragenen ideellen Grundstückshälfte Kartenblatt 11, Parzelle 122,

Grünland, in den Betten, 1. Gew., 10,11 Ar, beantragt (§ 927 BGB).

Eingetragener Eigentümer: Bergmann August Hermann in Hirzenhain.

Der Eigentümer und dessen Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, den 7. März 1963 um 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Dillenburg, Zimmer 109, anberaumten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Dillenburg, 12. 12. 1962

Amtsgericht

7

3 F 662 — **Aufgebot:** Die Eheleute Karl Hof und Katharina geb. Krekel in Wilsenroth, Dornburgstraße 10, die Ehefrau Margarethe Kunz geb. Krekel in Frickhofen, Waldstraße 7, und der Josef Krekel in Wilsenroth, Grabenstraße, haben das Aufgebot zur Ausschließung der Gläubigerin der auf ihren Grundstücken:

Wilsenroth Bd. 7, Bl. 255 Abt. II Nr. 3

Wilsenroth Bd. 12, Bl. 454 Abt. III Nr. 2

Wilsenroth Bd. 5, Bl. 167 Abt. III Nr. 6

Wilsenroth Bd. 5, Bl. 163 Abt. III Nr. 2 für Frl. Klara Berken in Dortmund, Im Spähenfelde Nr. 15, eingetragenen Hypothek von 2000.— RM, verzinlich mit 4 v. H. jährlich, gemäß § 1170 BGB beantragt.

Die Gläubigerin wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 6. März 1963 um 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 102, anberaumten Aufgebotsstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

Hadamar, 14. 11. 1962

Amtsgericht

8

7 F 16'62 — **Aufgebot:** Fräulein Maria Emma Elisabeth Kraft und Fräulein Maria Elisabeth Kraft, beide wohnhaft in Schweinsberg, Krs. Marburg, Neustadt 9, haben beantragt:

a) den Eigentümer, Gärtner Philipp Hormel, Schweinsberg, des in der Gemarkung Mardorf belegenden Grundstücks: Flur 9, Flurstück 132, Ackerland, Die Häuseracker, 18,46 Ar, im Grundbuch von Mardorf, Blatt 1403,

b) die Eigentümerin zu 35/47 Anteil — Anna Maria Hormel, geb. Thormann, Schweinsberg — des in der Gemarkung Schweinsberg belegenden, im Grundbuch von Schweinsberg, Blatt 800, eingetragenen Grundstücks, Flur 7, Flurstück 61/1, Ackerland, Auf dem Steinborn, 10,72 Ar, aufzubieten und mit ihren Rechten auszuschließen.

Die obengenannten Eigentümer sowie deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 4. Februar 1963 um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Kirchhain, anberaumten Termin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls diese ausgeschlossen werden.

Kirchhain (Bez. Kassel), 18. 12. 1962

Amtsgericht

9

7 F 19/62 — Aufgebot: Der Landwirt Hermann Striesse aus Langenstein, Krs. Marburg (Lahn), hat beantragt,

a) den Eigentümer der auf den Namen des Arbeiters Heinrich Striesse, Langenstein, eingetragenen ideellen Hälfte an dem im Grundbuch von Langenstein, Blatt 491, eingetragenen Grundstücken Krtbl. 12 Parz. 130 Ackerland, Auf der Burg, 5,87 Ar, Krtbl. 12 Parz. 126 Ackerland, daselbst, 5,82 Ar,

b) den Eigentümer des im Grundbuch von Langenstein, Blatt 474, eingetragenen Grundstücks Krtbl. 12 Parz. 129, Ackerland, Auf der Burg, 20,03 Ar, Arbeiter Gottlieb Striesse, Langenstein, aufzubieten und mit ihren Rechten auszuschließen.

Die oben genannten Eigentümer sowie deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 4. Februar 1963 um 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht Kirchhain anberaumten Termin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls diese ausgeschlossen werden.

Kirchhain (Bez. Kassel), 18. 12. 1962

Amtsgericht

10

7 F 18/62 Ki — Aufgebot: Die Witwe Katharina Gondolf geb. Kewald, Amöneburg, Krs. Marburg (Lahn), hat beantragt, den Eigentümer des in der Gemarkung Amöneburg belegenen, im Grundbuch von Amöneburg, Blatt 1155, eingetragenen Grundstücks

Flur 5, Flurstück 188, Grünland, Die Armesbürger, 2,09 Ar, Isaac Rosenbaum, Samuels Sohn aus Rodheim, aufzubieten und mit seinen Rechten auszuschließen.

Der obengenannte Eigentümer sowie dessen Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 4. Februar 1963 um 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht Kirchhain anberaumten Termin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls diese ausgeschlossen werden.

Kirchhain (Bez. Kassel), 18. 12. 1962

Amtsgericht

11

7 F 14/62 — Aufgebot: Der Landwirt Adalbert Büchler, Battenhausen, Haus Nr. 27, hat beantragt, die Eigentümer Johannes Schneider und dessen Ehefrau Selma geb. Ibelhäuser des im Grundbuch von Battenhausen, Band II, Blatt 61 Nr. 1, verzeichneten Grundstücks aufzubieten und mit ihren Rechten an diesem Grundstück auszuschließen.

Bezeichnung des Grundstücks: Gemarkung Battenhausen, Flur 3, Flurstück 14, Grünland im Kirchgrund, 28,72 Ar.

Die oben genannten Eigentümer sowie deren Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 4. Februar 1963 um 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht Kirchhain anberaumten Termin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls diese ausgeschlossen werden.

Kirchhain (Bez. Kassel), 11. 12. 1962

Amtsgericht

12

9 F 1/62 — Aufgebot: Die Witwe Aloisia Albrecht geb. Sentner in Hedersdorf über Lauf, Nr. 11, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Rückert, Marburg (Lahn), hat

beantragt, das im Grundbuch von Oberrospe, Blatt 262, verzeichnete Grundstück, Flur 21, Flurstück 59, Streuwiese, Franzosenwiese, 66,16 Ar, aufzubieten.

Als Eigentümer sind a) Eleonore Dersch, b) Johann Theis Dehnert und Frau Elisabeth geb. Jäger, alle in Bracht, zu a) und b) je zur ideellen Hälfte, eingetragen.

Die eingetragenen Eigentümer und ihre Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermin am Dienstag, dem 7. Mai 1963, um 12.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstr. 48, 1. Obergeschoß, Zimmer 159, ihre Rechte anzumelden, sonst wird das Gericht sie mit ihren Rechten ausschließen.

Marburg (Lahn), 13. 12. 1962 **Amtsgericht**

13

F 15/61 — Ausschlußurteil: Der Eigentümer des im Grundbuch von Spangenberg Band 40 Blatt 1337 unter der laufenden Nummer 6 des Bestandsverzeichnisses eingetragenen Grundstückes Gemarkung Spangenberg Flur 8, Flurstück Nr. 11, Grünland, am Schloßberg, 2,77 ar, — eingetragener Eigentümer: die Ehefrau des Zigarrenfabrikanten Hermann Schmelz, Marie, geborene Brückmann, in Spangenberg — ist durch Ausschlußurteil des Amtsgerichts Melsungen vom 7. 12. mit ihren Rechten ausgeschlossen.

Melsungen, 7. 12. 1962 **Amtsgericht**

14

8 F 2/62: Durch Ausschlußurteil vom 5. 12. 1962 wurde der Brief betreffend die im Grundbuch von Hausen, Band 15, Blatt Nr. 915 in Abt. III zu lfd. Nr. 1 eingetragene Grundschuld für die frühere Spar- und Darlehenskasse eGmbH zu Hausen, jetzt Volksbank eGmbH zu Hausen, über 3000,— Goldmark nebst 6% Jahreszinsen für kraftlos erklärt.

Offenbach (Main), 20. 12. 1962

Amtsgericht, Abt. 8

15

8 F 8/62: Durch Ausschlußurteil des Amtsgerichts Offenbach (Main) vom 19. 12. 1962 wurde der Grundschuldbrief betreffend die im Grundbuch von Obertshausen, Band 52, Blatt 2231, Abteilung III, lfd. Nr. 3, eingetragene Grundschuld, lastend auf dem Grundstück Flur 2, Flurstück Nr. 164, hält 403 qm Hof- und Gebäudefläche Im Loh 14, im Betrage von 6000 DM nebst Zinsen zugunsten der Firma Glaabsbräu F. Glaab & Co. KG, Seligenstadt, für kraftlos erklärt.

Offenbach (Main), 19. 12. 1962

Amtsgericht, Abt. 8

16 Güterrechtregister

Neueintragung

GR 177 — 20. Dezember 1962: Die Eheleute Lorenz Schmidt jun., Bauunternehmer, und Anna geb. Mayer, beide in Ober-Roden, haben durch Vertrag vom 8. Juni 1962 Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Dieburg

17

GR 248 — 18. 12. 1962: Schuch Anton und Schuch Ludwiga geb. Schneider in Erbach (Rhg.), Hauptstr. 28.

Durch Vertrag vom 14. Dezember 1962 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Eltville (Rheingau)

18

GR 247 — Berichtigung: In der Güterrechtsregistersache Karl Eickhoff und Anna Eickhoff in Oberwalluf — GR 247 — wird die am 10. 12. 1962 unter Nr. 3166 erfolgte Veröffentlichung dahingehend berichtigt, daß Gütergemeinschaft vereinbart ist.

Amtsgericht Eltville (Rheingau)

19

GR 367 A: Barde, Hubert, Walldorf, Moselstraße 5, und Dorethea Helene geb. Wildoer.

Durch Vertrag vom 25. August 1962 ist Gütertrennung vereinbart.

Groß-Gerau, 21. 12. 1962 **Amtsgericht**

20

41 GR 937 — 19. 12. 1962: Heizungsmonteur Günther Hartwig und Gisela geb. Langefeld in Hanau haben durch Vertrag vom 4. 12. 1962 Gütertrennung vereinbart.

Hanau (Main), 21. 12. 1962 **Amtsgericht**

21

4 AR 109/62: Kaufmännischer Angestellter Stefan Herbert Hartmann und Hildegard Sophie geb. Köster, beide wohnhaft in Flörsheim (Main), Grabenstraße 23.

Durch Vertrag vom 24. September 1962 ist Gütertrennung vereinbart.

Hochheim (Main), 4. 12. 1962 **Amtsgericht**

22

GR 206: In das hiesige Güterrechtsregister ist heute unter Nr. 206 folgendes eingetragen worden: Staatl. geprüfter Landwirt Josef Weber und dessen Ehefrau Gisela, geb. Rücker, beide in Idstein (Taunus).

Durch notariellen Vertrag vom 15. Sept. 1962 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Idstein (Taunus)

23

GR 487 — Kaufmann Rudolf Koch und Gabriele geb. Priemer in Krofdorf-Gleiberg.

Durch notariellen Vertrag vom 14. November 1962 ist Gütertrennung vereinbart.

Wetzlar, 21. 12. 1962

Amtsgericht

24 Vereinsregister

Neueintragung

VR 66: Asfelder Ski-Club, eingetragener Verein, Sitz Alsfeld.

Alsfeld, 19. 12. 1962 **Amtsgericht**

25

Neueintragung

VR 132 — 18. 12. 1962: Sportverein 1920 Reichelsheim e. V. Sitz: Reichelsheim (Wetterau).

Amtsgericht Friedberg (Hessen)

26

Neueintragung

VR 339 — 20. 12. 1962: Sportverein 1921 Wollmar. Sitz: Wollmar, Krs. Marburg (Lahn).

Amtsgericht Marburg (Lahn)

27 Neueintragung

5 VR 158 — 28. Nov. 1962: Verschönerungsverein Schwalbach (Taunus) in Schwalbach (Taunus).

Die Satzung ist am 28. Mai 1962 erichtet. Vorstand gemäß § 26 BGB ist der Vorsitzende; im Verhinderungsfalle der stellvertretende Vorsitzende.

Amtsgericht Königstein (Taunus)

28**Neueintragung**

VR 340 — 20. 12. 1962: Sportfreunde Marburg 1908/1920. Sitz: Marburg an der Lahn.

Amtsgericht Marburg (Lahn)

29**Neueintragung**

VR 341 — 20. 12. 1962: Angelsportverein „Westschaftstal“. Sitz: Wetter.

Amtsgericht Marburg (Lahn)

30**Neueintragung**

VR 33: Schützenverein „Herz As“ Nieder-Modau e. V. in Nieder-Modau. Reinheim (Odw.), 18. 12. 1962

Amtsgericht

31 Vergleiche — Konkurse**Beschluß**

81 N 74/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Wilhelm Homberg, alleiniger Inhaber der Firma Ernst W. Homberg, vorm. E. W. Homberg KG, Frankfurt (Main), Hebelstr. 4, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 8. Februar 1963 um 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Str. Nr. 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt. Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung 800,— DM, Auslagen 34,20 DM.

Frankfurt (Main), 17. 12. 1962

Amtsgericht Abt. 81

32

81 N 74/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Wilhelm Homberg, Alleininhaber der Fa. Ernst W. Homberg vorm. E. W. Homberg KG in Frankfurt a. M., Hebelstr. 4, soll die Schlußverteilung erfolgen. Hierfür sind 1280,52 DM abzüglich der Gerichtskosten und der Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters verfügbar. Zu berücksichtigen sind 182,— DM bevorrechtigte Forderungen und 16 731,53 DM nicht bevorrechtigte Forderungen. Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main) — Konkursabteilung — Große Friedberger Straße 7—11, auf.

Frankfurt (Main), 21. 12. 1962

Der Konkursverwalter

Dr. Albin Fritsch

Rechtsanwalt und Notar

33**Beschluß**

81 N 216/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Hans Zimmermann, Ffm.-Höchst, Wasgaustraße 33, wird Termin zur Wahl eines

Gläubigerausschusses auf Freitag, den 4. Januar 1963, um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer Nr. 507, anberaumt.

Frankfurt (Main), 17. 12. 1962

Amtsgericht, Abt. 81

34**Beschluß**

81 N 196/62: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Glass Industry Development GmbH, Frankfurt (Main), Stockheimer Straße 36, ist mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse eingestellt, § 204 KO Beschluß vom 7. 12. 1962.

Die Vergütung des Verwalters wird auf 800,00 DM, seine Auslagen werden auf 115,00 DM festgesetzt.

Frankfurt (Main), 17. 12. 1962

Amtsgericht, Abt. 81

35**Beschluß**

81 N 14/62: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Alfred Pistner, geb. 3. 12. 1926, Frankfurt (Main), Weberstraße 3, wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

Frankfurt (Main), 17. 12. 1962

Amtsgericht Abt. 81

36

4 N 9/59: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Max Matthiesen, Registrierkassen-Werk GmbH in Gießen, vertreten durch den alleinigen Geschäftsführer Max Matthiesen in Gießen, soll die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar sind 95 793,36 DM. Zu berücksichtigen sind 209 639,57 DM bevorrechtigte Forderungen. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts — Konkursgericht — in Gießen, Aktenzeichen: 4 N 9/59, niedergelegt.

Gießen, 21. 12. 1962

Der Konkursverwalter

Dr. Haibach

Rechtsanwalt und Notar

37**Beschluß**

2 N 7/62 — Konkursverfahren: Der Kaufmann Wilhelm Rödde in Hofgeismar hat als Pfleger des Kaufmannes Heinrich Falkenhain aus Hofgeismar, Mühlenstr. 10, die Eröffnung des Konkursverfahrens über dessen Vermögen wegen Zahlungsunfähigkeit beantragt.

Der Antrag ist zugelassen.

Zur Sicherung der Masse wird angeordnet: Dem Schuldner wird allgemein verboten, Gegenstände seines Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

Hofgeismar, 17. 12. 1962

Amtsgericht

38

5 N 2/62: Beschluß: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Handelsvertreters Reinhard Cammann, Herborn, Schießberg 30.

Das Konkursverfahren wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Herborn, 19. 12. 1962

Amtsgericht

39

50 N 23/61: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des in Kassel, Bergstraße 83, wohnhaft gewesenen Direktors Wilhelm Ulrich Korpien (Erbin: Witwe Lina Margarete Korpien geb. Breidenstein, daselbst), ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen anberaumt auf den 16. Januar 1963 um 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96.

Kassel, 18. 12. 1962

Amtsgericht

40

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Fa. Gerhard Bürmann KG, Kassel, Friedrichstr. 14 und Königstor 1, sollen die nach § 61 Ziff. 1 KO bevorrechtigten Gläubiger, deren Forderungen festgestellt sind, mit einer Summe von insgesamt 7739,31 DM befriedigt werden.

Das Verzeichnis der bei dieser Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Kassel, Abt. 50, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Kassel, 27. 12. 1962

Der Konkursverwalter

Rolf Baumbach, Rechtsanwalt

Kassel, Luisenstr. 5'

41**Beschluß**

N 5/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Wildhagen, Melsungen, sind die Vergütung des Konkursverwalters auf 400 DM, seine Auslagen auf 60,50 DM festgesetzt.

Melsungen, 21. 12. 1962

Amtsgericht

42

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Karl Heinegans, Mottgers und der Fa. Textilperle Vogel KG Mottgers, soll die Schlußverteilung erfolgen. Dazu sind 5804,33 DM verfügbar. Zu berücksichtigen sind Forderungen im Betrage von 313 937,92 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des hiesigen Amtsgerichts zur Einsichtnahme aus.

Schlüchtern, 21. 12. 1962

Der Konkursverwalter

Dr. Weber

43**Beschluß**

62 N 24/60: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kunststoff-Verarbeitungs-GmbH in Wiesbaden, Rüdeshheimer Straße 17, vertreten durch ihren Geschäftsführer, den Kaufmann Karl Rausch in Wiesbaden, Gerichtsstr. 9, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den 31. Januar 1963 um 10 Uhr, vor dem Amtsgericht in Wiesbaden, Zimmer 304, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zu Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Anhörung der Gläubiger, zur Erstattung der Auslagen und Festsetzung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist durch Beschluß vom 24. 10. 1962 auf 1110,— DM festgesetzt worden.

Wiesbaden, 20. 12. 1962 **Amtsgericht**

44

62 N 24/60: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Kunststoffverarbeitung GmbH, Wiesbaden, findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt. Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgerichts) in Wiesbaden (Aktenzeichen: 62 N 24/60) niedergelegt. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt DM 11 237,07. Es ist ein Massebestand von DM 5357,90 verfügbar.

Wiesbaden, 5. 1. 1963

Der Konkursverwalter
Rechtsanwalt Dr. Eberler

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

45

K 9/62: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll zwecks Aufhebung der Gemeinschaft das im Grundbuch von Richen, Band 14, Blatt 1188, eingetragene Grundstück der Barbara Heberer geb. Schreeb, Witwe von Georg August Heberer, Frankfurt (Main),

lfd. Nr. 2, Flur 8 Nr. 217, Ackerland, in den Tannen, 24,73 Ar, am Donnerstag, dem 28. Februar 1963 um 9 Uhr, an der Gerichtsstelle in Groß-Umstadt, Wilh.-Leuschner-Straße 44, Zimmer 4, versteigert

werden. Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Groß-Umstadt, 15. 12. 1962 **Amtsgericht**

46

3 K 26/62: Die im Grundbuch von Hochelheim a) Band 21 Blatt 818 eingetragenen Grundstücke u. b) Band 19 Blatt Nr. 745 auf den Namen des Albert Viehmann eingetragenen Grundstückshälften:

zu a): 1. Flur 1, Nr. 1153/188, Hofraum, Weitersgasse, 0,14 Ar, 2. Flur 1, Nr. 810/188, bebauter Hofraum daselbst, 0,14 Ar, 3. Flur 1, Nr. 812/188, Hofraum daselbst, 0,33 Ar, 4. Flur 1, Nr. 811/188, Hof- und Gebäudefläche, Eichgasse 175, 0,50 Ar, 5. Flur 1, Nr. 815/188, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, 0,31 Ar, 6. Flur 1, Nr. 1154/189, Hof- und Gebäudefläche, Eichgasse, 6,83 Ar, 7. Flur 1, Nr. 972/188, Hof- und Gebäudefläche, zwischen der Eich- und Weidengasse, 1,56 Ar, 8. Flur 13, Nr. 28, Ackerland, unten am Moorweg, 27,19 Ar, 9. Flur 2, Nr. 91, Grünland, junge Gräben, 3,08 Ar, 10. Flur 4, Nr. 110, Ackerland, im Scheiben, 13,99 Ar, 11. Flur 9, Nr. 75, Ackerland, hinter den Dorngräben, 6,86 Ar,

zu b): 12. Flur 13, Nr. 27, Ackerland, unten am Moorweg, 12,80 Ar, 13. Flur 20, Nr. 197/99, Ackerland, in den Brückelgärten, 1,29 Ar,

sollen am 20. Februar 1963, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. Sept. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): zu a) Albert Viehmann, Hochelheim, zu b) Eheleute Albert Viehmann und Marie geb. Langsdorf, Hochelheim, zu je 1/2.

Die Werte der vorgenannten Grundstücke wurden nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 9. Nov. 1962 gegenüber allen Beteiligten auf die folgenden Beträge festgesetzt:

Für Grundstücke lfd. Nr. 1 bis 7: 36 000 Deutsche Mark,

für Grundstück lfd. Nr. 8: 1600,— DM,
für Grundstück lfd. Nr. 9: 400,— DM,
für Grundstück lfd. Nr. 10: 1700,— DM,
für Grundstück lfd. Nr. 11: 400,— DM,
für Grundstück lfd. Nr. 12: 800,— DM,
für Grundstück lfd. Nr. 13: 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Wetzlar, 19. 12. 1962 **Amtsgericht**

NACHTRAG

Güterrechtsregister

47

5 GR 1102 — 28. 12. 1962: Schäfer, Karl, Bauer, in Unterbimbach, Krs Fulda, und Anni, geb. Dehler.

Durch notariellen Vertrag vom 1. August 1962 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut verwaltet der Ehemann.

Amtsgericht Fulda, Abt. 5

Vergleiche — Konkurse

48

81 N 156/61: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Frau Anni Schützeliesem, Inhaberin der handelsgerichtlich nicht eingetragenen Firma Bauschreinerei Christian Liesem, Frankfurt am Main, Gutleutstraße 293, soll die Schlußverteilung erfolgen. Hierfür sind DM 19 093,24 abzüglich der Gerichtskosten und der Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters verfügbar.

Zu berücksichtigen sind DM 2871,27 bevorrechtigte und DM 95 206,72 nichtbevorrechtigte Konkursforderungen. Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle 81 des Amtsgerichts Frankfurt am Main aus.

Frankfurt (Main), 31. 12. 1962

Der Konkursverwalter:
Dr. Pallasky
Rechtsanwalt

Anzeigenschluß

Jeden Montag um
14 Uhr

für die am darauffolgenden
Montag erscheinende
Ausgabe des Staats-Anzeiger

Zum Staats-Anzeiger Jahrgang 1962

die Einbanddecke

ist zum Stückpreis von 4,30 DM und 1,50 DM Verpackungs- und Versandkosten sofort lieferbar

das Inhaltsverzeichnis

wird (wie in den vorangegangenen Jahren) der Nummer 7/1963 (für die ständigen Bezieher kostenlos) beigelegt.

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11A, Tel. 59667

49

Bei der Gemeindeverwaltung (6201) Delkenheim, Landkreis Main-Taunus, ist ab sofort die Stelle eines

Verwaltungsangestellten (Verwaltungssekretär)

zu besetzen. I. Verwaltungsprüfung wird erwünscht, ist jedoch nicht unbedingt erforderlich, sofern eine mehrjährige Tätigkeit in der Kommunalverwaltung nachgewiesen wird. Vergütung erfolgt nach BAT VI b Ortskasse B. Gutes Arbeitsklima wird zugesichert. Zu berücksichtigen ist, daß in der Gemeinde Delkenheim eine Großsiedlung in den kommenden Jahren gebaut wird, so daß die Anhebung des Gehaltes möglich ist.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf und Zeugnisabschriften werden erbeten an den Gemeindevorstand Delkenheim.

Der Gemeindevorstand

50

Beim Gesundheitsamt des Landkreises Fritzlar-Homberg (rd. 79 000 Einwohner, Ortsklasse A) ist die Stelle eines

Arztes (Ärztin)

zum 1. Mai 1963 zu besetzen. Vergütung ist vorgesehen nach Verg.Gr. II des BAT. Voraussetzungen für die Ablegung der Amtsarztprüfung müssen vorhanden sein. Bei Bewährung ist eine spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis nicht ausgeschlossen, sofern die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für die Anstellung zum Kreismedizinalrat(-rätin) erfüllt sind.

Gefordert werden vielseitige allgemeine ärztliche Ausbildung, möglichst mit Erfahrung im öffentlichen Gesundheitsdienst sowie besondere Kenntnisse in der Säuglings-, Kleinkinder-, Kinder- und Jugendgesundheitsfürsorge. Bei Einstellung ist eine Probezeit von 4 Monaten vorgesehen. Die Verwaltung ist bei Beschaffung von Wohnraum behilflich.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, einem Lichtbild aus neuester Zeit, polizeiliches Führungszeugnis, einem lückenlosen Nachweis über Ausbildung und bisherige Tätigkeit sind umgehend, spätestens bis zum 31. März 1963 zu richten an den Kreis Ausschuß des Landkreises Fritzlar-Homberg — Personalstelle — in Fritzlar, Georgengasse.

Kreis Ausschuß des Landkreises Fritzlar-Homberg
Landrat

Ihre Postleitzahl

geben Sie bitte in allen Zuschriften an den Staats-Anzeiger, insbesondere bei der Einsendung von Bekanntmachungen usw. an, damit die Zusendung der Veröffentlichungsbelege beschleunigt erfolgen kann.

Staats-Anzeiger - 62 Wiesbaden

Herrnmühlgasse 11 A — Telefon 5 96 67

51 Öffentliche Ausschreibung

KASSEL: Die Rodungs-, Mutterboden- und Erdarbeiten für den Autobahnkörper und die Wegeverlegungen einschl. der Entwässerungsanlagen von Bau-km 141,665 bis Bau-km 150,200 (Umfahrung Fulda) der Autobahnstrecke Bad Hersfeld—Würzburg—Heilbronn sollen vergeben werden.

Art und Umfang der Leistungen:
ca. 110 000 qm Rodungsarbeiten
ca. 150 000 cbm Mutterbodenarbeiten
ca. 1 200 000 cbm Erdarbeiten
ca. 25 000 m Drain- und Entwässerungsleitungen verschiedener Durchmesser
ca. 25 000 qm Unter- und Deckenbauarbeiten für die zu verlegenden klassifizierten Straßen
ca. 20 000 qm Feldwegbefestigungen.

Die Verdingungsunterlagen erhalten nur solche Bewerber, die bereits bei der Anforderung der Unterlagen durch Referenzen nachweisen, daß sie gleichwertige oder größere Erdarbeiten mit Erfolg ausgeführt haben.

Bewerber, welche die Verdingungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Straßenneubauamt Hessen-Nord, Kassel, Kölnische Straße 69, Tel. 1 38 31/32, spätestens bis zum 15. Jan. 1963 (Eingangstag) mitzuteilen. Hierbei ist anzugeben, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post zugesandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 50,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen sind vorzunehmen bei der Staatskasse Kassel, Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 6745 zugunsten „Straßenneubauamt Hessen-Nord“ mit dem Vermerk: „Erdlos E 10 — Umfahrung Fulda“. Für Selbstabholer werden die Verdingungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung und einer Vollmacht ab 15. Januar 1963 im Straßenneubauamt Hessen-Nord, Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 33, II. Etage, abgegeben.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 19. Februar 1963, um 11 Uhr, Kölnische Straße 69, Zimmer 19.
Kassel, 28. 12. 1962 Straßenneubauamt Hessen-Nord

52

FRANKFURT (MAIN): Die Erneuerung der Fahrspur mit Spannbetonfertigplatten auf der Bundesautobahnstrecke Hamburg — Basel zwischen km 542,7 und km 543,9 — Ostseite — im Bereich der Autobahnmeisterei Darmstadt, soll in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Umfang der Arbeiten:

2620 qm Betondecke 22 cm dick aufbrechen und abfahren
2620 qm Teerverfestigung 12 cm tief und 3,75 m breit
2620 qm Asphalttragschicht 5 cm dick herstellen
2620 qm Spannbetonfertigplatten 10,0 m lang, 3,74 m breit und 16 cm dick (= 70 Stück) anfahren und verlegen
rd. 2000 qm Fahrbahnplatten heben.

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: 18. Februar 1963

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (Main), Münchener Straße 4—6, bis spätestens 11. Januar 1963 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 10,— DM für zwei Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (Main), Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6821, mit der Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für das Verlegen von Spannbetonfertigplatten zwischen km 542,7 und km 543,0“ ist beizufügen. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 15. Januar 1963 in der Zeit von 9 bis 15 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (Main), Zimmer 523, ausgegeben.

Eröffnungstermin: 29. Januar 1963 um 10 Uhr. Für die Auftragserteilung kommen nur leistungsfähige Firmen mit fachlicher Bewährung, die über entsprechende Geräte neuester Bauart verfügen, in Frage.
Autobahnamt Frankfurt (Main)
Münchener Straße 4—6

53

AROLSEN: Die Arbeiten für den Neubau einer Verbindungsstraße zwischen Viesebeck und Lütersheim sowie Deckenerneuerung im Zuge der Kreisstraße Nr. 38 Leckringhausen — Ippinghausen werden hiermit öffentlich ausgeschrieben.

Auszuführen sind etwa:

- zu 1. 10 000 cbm Boden lösen und einbauen
5000 t Basaltmaterial
8000 qm Asphalttragschicht und Asphaltfeinbeton
- zu 2. 1600 t bituminöses Mineralgemisch
8000 qm Asphaltfeinbeton

dazu erforderliche Nebenarbeiten, wie Rodungsarbeiten, Entwässerungsanlagen usw.

Bauzeit:

- zu: 1. 70 Arbeitstage
- zu: 2. 50 Arbeitstage

Die Ausschreibungsunterlagen sind spätestens bis zum 21. 1. 1963 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von je 5,— DM, für beide Maßnahmen 10,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen auf das Konto der Staatskasse Arolsen, Kto.-Nr. 399, bei der Kreissparkasse in Arolsen mit der Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für den Ausbau von Kreisstraßen“. Die Ausgabe erfolgt nur im Postversand.

Eröffnung: zu 1. am 5. 2. 1963 um 10 Uhr, zu 2. am 8. 2. 1963 um 10 Uhr. Ende der Zuschlags- und Bindefrist ist der 8. 3. 1963.

Arolsen, 17. 12. 1962

Hessisches Straßenbauamt

54

DILLENBURG: Für den Ausbau der Kreisstraße Nr. 17 / Gladenbach—Kehlnbach, km 0,320—km 0,800, in der Ortsdurchfahrt Gladenbach, sollen u. a. vergeben werden:

- 145 t Schotter,
 - 1800 qm Asphaltbinder 150 kg/qm und
 - 2600 qm Asphaltfeinbeton 45 kg/qm einbauen,
 - 940 lfd. m Bordsteine sowie
 - 940 lfd. m Rinne setzen,
 - 1600 qm Fußwegbefestigung einbauen.
- Bauzeit: 40 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 16. 1. 1963 anzufordern und werden durch die Post übersandt. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von zusammen 10,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Dieser Betrag ist an die Staatskasse in Dillenburg, Wilhelmstraße 5, Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 68 20, mit der Angabe „Ausbau der Kreisstraße Nr. 17 / Gladenbach“ zu überweisen oder dort einzuzahlen. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht und der Einzahlungsquittung ab 7. 1. 1963 in der Zeit von 8 bis 17 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Moritzstraße 16 (Zimmer 7).

Eröffnung: Dillenburg, den 18. Januar 1963, um 10 Uhr. Die Zuschlagsfrist beträgt 21 Kalendertage.

Dillenburg, 27. 12. 1962

Hess. Straßenbauamt

Günstige langfristige Darlehen für Beamte a. L.

bis 15000,— DM — 6% Jahreszinsen ohne übliche Raten, Laufzeit bis zu 20 Jahren. **● Steuervorteile**
● Versicherungsschutz
Kostenlose Beratung durch **● Restschuld-Ablösung**
TH. FRANKENBERG, Wiesbaden, Postfach
Mitarbeiter, auch nebenberuflich, gesucht.

55

Einrichtung und Betrieb eines Linienverkehrs von Hünfeld nach Philippsthal

Dem Unternehmen Überlandwerk Fulda AG in Fulda habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG von Hünfeld nach Philippsthal über Roßbach, Malges, Betzenrod, Leimbach, Eiterfeld, Reckrod, Wölf, Oberweissenborn, Fürsteneck, Ufhausen, Soisdorf, Soislieden, Mansbach, Oberbreitzbach, Ransbach und Röhrigshof bis zum 30. September 1970 erteilt.

Die Bedienung des Verkehrs

- a) von Ransbach nach Hünfeld, Röhrigshof oder Philippsthal bzw. umgekehrt
- b) von Röhrigshof nach Philippsthal bzw. umgekehrt ist nicht gestattet.

Auf der Teilstrecke Ransbach—Philippsthal dürfen nur Berufstätige mit Zeitkarten bzw. Berufstätige der Firma Ley, Eiterfeld, mit besonders gekennzeichneten Einzelfahrscheineln befördert werden.

Kassel, 31. 10. 1962

Der Regierungspräsident
III/4 Az. 66 f 02-07 B

Neuer Preis für Einzelstücke des Staats-Anzeiger

(aus dem Impressum jeder Ausgabe ersichtlich)

- Bei einem Umfang bis 32 Seiten DM 1,20 + DM —,20 Versandkosten
- Umfang bis 40 Seiten DM 1,70 + DM —,30 Versandkosten
- Umfang über 40 Seiten DM 2,— + DM —,30 Versandkosten.

Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages: Frankfurt (Main) Kto.-Nr. 1173 37 Verlag Kultur und Wissen GmbH Wiesbaden.

Staats-Anzeiger • 62 Wiesbaden

Herrnmühlgasse 11 A — Ruf: Sa-Nr. 5 96 67

Kellertanks nach Kellermaßen im Keller geschweißt

Überfüllsicherung „Joba-Füllomat“

Zugelassen unter „PA VI/110“

JOSEF BAUER KG, Tank- und Apparatebau
6079 Sprendlingen/Ffm. • Tel.: Langen 6 89 54-55

Kellertanks nach Kellermaßen im Keller geschweißt

August May

Bagger- und Raupenbetrieb
Öltankverlegung
Transporte - Sand und Kies

Frankfurt/Main • Arnsburger Str. 5862 • Telefon 435274

— — — nicht verpassen:
freitags
Hessen-Toto
Hessen-Lotto

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,— und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur u. Wissen GmbH, Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 1173 37. Druck: Druckerei Chmielorz, Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Ruf: Sa.-Nr. 5 96 67. Fernschreiber: 04-186 648.

Preis von Einzelstücken, bis 32 Seiten Umfang DM 1,20 und DM —,20 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 1,70 und DM —,30, über 40 Seiten DM 2,— und DM —,30. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) oder auf das Postscheckkonto des Verlages. Anzeigenschluß: montags 14 Uhr, Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962. Umfang der Ausgabe 24 Seiten.

56

Aufforderung: Anna Markloff, geb. Becker, Seulberg (Taunus), Hauptstraße 43, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 4266, lautend auf den gleichen Namen, beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Bad Homburg v. d. H., 17. 12. 1962

Kreissparkasse des Obertaunuskreises — Der Vorstand

57

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 17. 12. 1962 ist das Sparkassenbuch Nr. 18-1512, lautend auf Georg Tingelhoff, Ffm.-Niederad, Königslacherstraße 56, für kraftlos erklärt worden.

Frankfurt (Main), 17. 12. 1962

Stadtsparkasse Frankfurt am Main — Der Vorstand

58

Aufgebot eines Sparkassenbuches: Frau Marie Beyer, geb. Walter, Freienseen, beantragt, daß Sparkassenbuch Nr. 5651 der Bezirksparkasse Laubach, ausgestellt auf ihren Namen, für kraftlos zu erklären. Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Laubach, 28. 12. 1962

Bezirksparkasse Laubach
Der Vorstand

59

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 27. Dezember 1962 sind folgende Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden: Sparkassenbuch Nr. 09-17540, lautend auf Anna Hohmann, Frankfurt am Main, Leipziger Straße 70, Sparkassenbuch Nr. 09-16781, lautend auf Karl Hohmann, zuletzt wohnhaft Frankfurt am Main, Leipziger Straße 70.

Frankfurt (Main), 27. 12. 1962

Stadtsparkasse Frankfurt am Main
Der Vorstand

60

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 27. Dez. 1962 sind folgende Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden: Sparkassenbuch Nr. 19-8712, lautend auf Eheleute Peter und Philippine Bauer, zuletzt wohnhaft Ffm.-Oberrad, Buchrainstraße Nr. 55, Sparkassenbuch Nr. 19-7902, lautend auf Eheleute Peter und Philippine Bauer, zuletzt wohnhaft Ffm.-Oberrad, Buchrainstraße Nr. 55.

Frankfurt (Main), 27. 12. 1962

Stadtsparkasse Frankfurt am Main
Der Vorstand

61

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 20. Dezember 1962 ist das Sparkassenbuch Nr. 109 443 Eheleute Heinrich Geiß, Egelsbach, Weedstraße 1, für kraftlos erklärt worden.

Langen (Hessen), 20. 12. 1962

Bezirksparkasse Langen
Der Vorstand

SIEMENS

SIEMENS - BAUUNION - GMBH

Berlin-München

Niederlassungen: Berlin · Essen · Frankfurt/M. · Hamburg · Mannheim · München · Stuttgart
Hoch- und Tiefbauten aller Art · Beton- und Stahlbetonbau

Spezialgebiete: Untergrundbahnbau · Brückenbau · Spannbeton · Vakuumbehandlung · Gleitbau · Chemische Bodenverfestigung · Holzbau

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

Wilhelm Rink K.G.

Elektrogroßhandlung

Wetzlar

Langgasse 51-55 · Fernruf 3541/42

- Elektro-Haushaltgeräte
- Installationsmaterialien
- Beleuchtungskörper

Sonderdruck

33/59

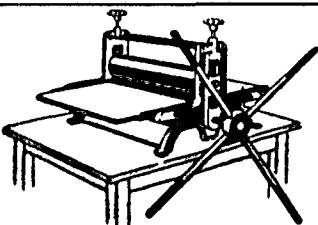
Öltankrichtlinien

Stückpreis DM 1.-
u. DM -.20 Versandkosten
zu beziehen
gegen Voreinsendung des
Betrages vom
Staats-Anzeiger
62 Wiesbaden,
Herrnmühlgasse 11 A

Tapeten · Gardinen
Teppiche
Möbelstoffe

Tapezierer- Genossenschaft

Groß- und Einzelhandel
Wiesbaden, Langgasse 19
Fernruf *59535



Wenzel-Pressen

Bestens bewährt für Druck
von Lino- und Holzschnitt
und von Radierungen

PAUL WENZEL

6112 Groß-Zimmern, Ritterseestr. 40/II

Kodak-Verifax

Rationell · Dokumentenecht
(1 Minute = 5 Kopien)

Vorführung: **PHOTO - ECKSTEIN, FRANKFURT/M.**
OEDERWEG 28 · RUF 551907

Gebäudereinigung Günter Schmidt

Wiesbaden · Wetzlar · Marburg · Fritzlar

Hauptbüro Wiesbaden, Postfach 1091

Telefon: Wiesbaden 41838 o. 41860 · Telefon: Marburg 6463



Stempel- und Schilderfabrik

A. MOSTHAFFrankfurt am Main · Hochstraße 33
Telefon 24454 · 21005